Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1912

281 (30.11.1912) Erstes Blatt

Visual Library

Nr. 281. Karlsruhe, Samstag, den 30. November 1912. 32. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. **Abonnementspreis:** Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde **nur** von ½12—½1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postcheck-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. ½9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends ½7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Geck & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Letzte Nachr.: **W. Kolb.** Kommunalpolitik, Aus der Stadt, Gerichtszeitung, Feuilleton u. Unterhaltungsblatt: **H. Winter.** Gewerkschaftliches, Aus dem Lande, Genossenschaftsbewegung, Soz. Rundschau: **H. Kadel;** sämtl. in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: **Karl Ziegler in Karlsruhe.**

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 3 Blätter mit zusammen

22 Seiten.

Wien — Berlin.

Die Note der deutschen Regierung, die eine Vertagung des serbisch-österreichischen Konflikts in Aussicht stellt, ist, wie jetzt feststeht, nicht im Einverständnis mit der österreichischen Regierung veröffentlicht worden.

Schon am Dienstag abend berichtete ein übles Berliner Sensationsblatt, einer seiner Mitarbeiter sei in der österreichischen Botschaft empfangen worden und man habe dort über die deutsche Note das stärkste Befremden geäußert. Da man dem österreichischen Botschafter nicht den schlechten Geschmack zutrauen durfte, das „Kleine Nachtjournal" als Sprachrohr zu benutzen, stand man jener Sensationsnachricht allgemein recht skeptisch gegenüber. Die österreichische Botschaft hat aber jenes merkwürdige Interview die neueste Wendung der Dinge durchaus begreiflich. Umzeichen dafür vor, daß sich die offiziellen Wiener Kreise der deutschen Regierung gegenüber tatsächlich in der unfreundlichen Stimmung befinden.

Während die deutsche Regierungserklärung in der ganzen Welt großes Aufsehen erregte, fand es das amtliche Wiener Korrespondenzbureau gut, sie bis auf die farb- und belanglosen Schlußwendungen zu unterdrücken. Damit ist der deutschen Regierungserklärung die unverdient hohe Ehre widerfahren, von der k. k. Bureaukratie in ähnlicher Weise behandelt zu werden, wie das Manifest des internationalen Kongresses von Basel, das nebst einigen Stellen aus den Reden von Haase, Jaurès, Adler und Troelstra ganz einfach konfisziert worden ist! Ein Kulturskandal, der aller Welt zeigt, in welche Sackgasse sich die österreichische Politik unter der Führung des klerikalen Thronfolgers verrannt hat.

Die Erklärung der deutschen Regierung kann man allerdings nicht gut konfiszieren, dafür bemüht man sich, sie totzuschweigen. Und auch in ernsten reichsdeutschen Zeitungen findet man jetzt Berichte, aus denen hervorgeht, daß die deutsche Note in Wien aufs unangenehmste empfunden wird. Leider hat diese Note auch nicht die Wirkung gehabt, die man von ihr erwarten und erhoffen mochte, denn die schwarz-gelbe Presse fährt mit ihren Kriegsdrohungen fort, und die Mobilmachung wird nicht nur nicht mehr geleugnet, sondern durch Einbringung entsprechender Gesetzentwürfe im Reichsrat öffentlich vollzogen.

Inzwischen hat der deutsche Reichskanzler auf dem Umweg über Königsberg einen zweiten kalten Wasserstrahl nach Wien gerichtet. In Ostpreußen haben alarmierende Gerüchte einen neuen Rou auf die Sparkassen zur Folge gehabt. Nun erklärt der Reichskanzler in einem Telegramm an den Oberpräsidenten, daß die in Ostpreußen herrschende Kriegsaufregung durch nichts gerechtfertigt ist und daß die alarmierenden Nachrichten über Kriegsvorbereitungen diesseits und jenseits der Grenze jeder Grundlage entbehren. Der Wunsch der deutschen Regierung, es über die Adriafrage zu keinem offenen Konflikt kommen zu lassen, ist also ebenso klar, wie die Absicht der Wiener Kriegspartei, trotz der Berliner Abmachungen ihre Politik weiter fortzusetzen und selbst vor dem äußersten nicht zurückzuschrecken.

Das Verhalten der deutschen Regierung erscheint für den Augenblick durchaus verständlich. Allerdings wird man es nach diesem einzigen Augenblick nicht beurteilen dürfen. Klar ist nur die Gegenwart der deutschen Politik, aber ihre nächste Zukunft ist ebenso dunkel wie ihre unmittelbare Vergangenheit. Würde sich die österreichische Regierung etwa auf geheime Zusicherungen des Bundesgenossen berufen können, durch die sie zu ihrem Vorgehen ermutigt worden ist, dann wäre ihre Verstimmung über die neueste Wendun gder Dinge durchaus begreiflich. Umgekehrt würde kein Wort der Verurteilung scharf genug sein, wenn die deutsche Regierung die in der „Nordd. Allg. Zeitung" festgelegten Richtlinien wieder aufgeben wollte. Ein deutscher Zickzack-Kurs könnte dem Frieden noch gefährlicher werden, als alle österreichische Kriegstreiberei.

Bleibt die deutsche Regierung fest dabei, sich von Oesterreich in keine europäische Verwicklung hineinzerren zu lassen, so wird sie in diesem Falle mit der Zustimmung des ganzen deutschen Volkes rechnen dürfen. Sie wird aber dann auch gezwungen sein, die Konsequenz aus ihrem Verhalten zu ziehen und mit den Westmächten in eine Verständigung über die Orientfragen einzutreten. Wollte sie anders handeln und das deutsche Reich zum willenlosen Objekt der österreichischen Kriegspolitik erniedrigen, dann würde sie die wirklichen Lebensinteressen des deutschen Volkes preisgeben und zugleich auch den Völkern Oesterreichs den schlechtesten Dienst von der Welt erweisen. Denn auch die Völker Oesterreichs wollen den Frieden.

* Unmontane Sophistik.

Wer noch nicht wußte, wessen die Zentrumspresse in der Entstellung und Verdrehung der Tatsachen fähig ist, der braucht jetzt nur die Kommentare zu dem soeben in Essen stattgefundenen christlichen Gewerkschaftskongreß, auf welchem die päpstliche Enzyklika über die Gewerkschaftsfrage „interpretiert" wurde, zu lesen. Was da an plumper Verdrehung und Unwahrheiten geleistet wird, ist kaum noch zu überbieten. Sinn und Zweck der Enzyklika sind völlig klar. Die christlichen Gewerkschaften werden im Prinzip vom Papste verworfen; aus taktischen Gründen aber will er sie im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in Deutschland bis auf weiteres dulden. Ihrer Ausbreitung jedoch sollen Schranken gesetzt werden. Pflicht jedes Katholiken und der Geistlichkeit ist es, die konfessionellen Vereine, d. h. die Berliner Richtung, zu fördern. Diese zu bekämpfen ist in der Enzyklika ausdrücklich verboten. Die christlichen Gewerkschaften sollen wie die konfessionellen Vereine unter die Kontrolle der kirchlichen Obrigkeit gestellt werden.

„Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind **nicht rein wirtschaftlicher Natur** und somit nicht zu denen zu zählen, die mit **Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit** beigelegt werden können; da es im **Gegenteil außer allem Zweifel steht,** daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkt der Religion gelöst werden muß."

Der Sinn dieses Satzes ist ganz klar und es ist eine elende Wortklauberei, wenn man denselben jetzt so auszulegen versucht, als ob die kirchliche Obrigkeit nur indirekt das ihr in der Enzyklika zugesprochene Recht in Anspruch nehmen würde. In der Praxis ist das ganz einerlei, Tatsache ist eben, daß die kirchliche Obrigkeit jederzeit das Recht in Anspruch nehmen kann, den christlichen Gewerkschaften in den Rücken zu fallen und ihre wirtschaftlichen Aktionen lahmzulegen.

Die Interpretation ändert an den durch die Enzyklika geschaffenen Zuständen nichts. Sie hat nur den einen Zweck, die christlichen Arbeiter zu beruhigen. Der christliche Gewerkchschaftskongreß in Essen war nur eine Komödie, die den christlichen Gewerkschaften nichts helfen wird.

Die Seele des Volkes.

In der am Mittwoch angenommenen Pose als Volksgenosse gefällt der Reichskanzler dem „Reichsboten" ganz besonders gut. Das war seiner Ansicht nach noch einmal ein Wort, daß die Regierung und die Rechte ebenso zum Volke gehörten wie die Sozialdemokratie, und der jetzige Kanzler wird von dem beglückten Blatte beinahe mit Bismarck auf eine Stufe gestellt, denn auch der hat 1849 einmal gegen den Mißbrauch des Wortes „Volk" protestiert. Der „Reichsbote" macht einen feinen Unterschied zwischen Masse und Volk:

„Der Staatsmann, der dieser „Stimme des Volkes" (d. h. der Masse. d. Red.) folgen, sich ihr fügen oder auf sie stützen wollte, würde unverantwortlich handeln. Gerade in letzter Zeit haben sich wieder jene Entrüstungsversammlungen gehäuft, in denen die Sozialdemokratie „im Namen des Volkes" Proteste über Proteste beschließen läßt: sie dürfen und können auf einen wirklichen Staatsmann niemals tieferen Eindruck machen. Entscheidend bleibt für diesen, wie für jeden ernsten Politiker, daß sie deutsches Volkstum in ihre Seelen aufnehmen, um, in diesem fest wurzelnd, Verständnis für des Volkes Seele zu gewinnen."

Bekanntlich hat schon Jean Jaques Rousseau einen Volkswillen zu konstruieren gesucht, der nicht der Wille der Mehrheit des Volkes sei. Mit anderen Absichten, als sie bei Rousseau vorwalteten, haben die reaktionären Gegner der Demokratie diesen Versuch erneuert. Jetzt soll es wieder einmal die Seele des Volkes sein, die vor dem Ausdruck des Mehrheitswillens den Vorzug verdiene. Aber es wird uns leider nicht verraten, wie und woran sich diese Volksseele erkennen läßt. Wenn hunderttausende Kundgebungen für den Frieden veranstalten, wenn ebenso viele die Oeffnung der Grenzen fordern, so ist das nicht die Volksseele. Wenn aber ein paar Dutzend nach kriegerischen Taten schreien, oder wenn die beiden Gutsbesitzer, die, der eine als Reichskanzler, der andere als preußischer Landwirtschaftsminister amtieren, feststellen, daß es in Deutschland Brot und Fleisch genug gebe, dann sind die die wahren Repräsentanten des Volkes und verkörpern gewissermaßen seine Seele. Offenbar werden auf dem Wege irgend eines mystischen Vorganges, den nur der „Reichsbote" und seine Freunde kennen, bestimmte Personen und bestimmte Gruppen zu Verkündern des Strebens und der Sehnsucht der Volksseele berufen. Uns bleibt es unklar, inwiefern beispielsweise das preußische Abgeordnetenhaus in weit höherem Grade den Anspruch erheben kann, das wahre Volk zu vertreten, als der deutsche Reichstag, warum ein Minister den wirklichen Volkswillen besser kennen muß als zu großen Kundgebungen versammelte Bruchteile des Volkes. Der „Reichsbote" weiß natürlich um das Geheimnis. Aber solange man uns nicht zu Mitwissern macht, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns an die Aeußerlichkeit der Zahl zu halten und zu schlußfolgern, daß hunderttausende Proletarier ein größeres Stück Volkswillen darstellen, als ein Schock Professoren, ausgediente Offiziere, „nationale" Arbeiter usw. und daß die von viereinviertel Millionen gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten mehr Recht haben, im Namen des Volkes zu sprechen, als der von einem einzelnen Mann ernannte Minister.

Ein Wahlentrechtungsmonstrum.

Dem Landtag für Reuß j. L. ist soeben eine Wahlentrechtungsvorlage zugegangen. Der Landtag zählt 16 Mitglieder, von denen drei durch die Höchstbesteuerten gewählt werden und ein Mitglied ihm kraft besonderen Privilegiums angehört. 12 Abgeordnete erhalten ihre Mandate durch allgemeine Wahlen. Unter den durch allgemeine Wahlen Gewählten befinden sich vier Sozialdemokraten.

Nunmehr soll an Stelle dieser Wahlordnung ein Wahlrecht treten, das auf dem Plural-System aufgebaut ist. Die Abstufung ist so gedacht, daß

eine Stimme erhalten:

Staatsangehörige mit einem Einkommen bis zu 1800 Mk.;

zwei Stimmen sollen erhalten:

Staatsangehörige mit Einkommen von 1800 bis 2400 Mk., — Grundbesitzer, die einen Grundbesitz von über 5 Hektar, aber ein Einkommen unter 1800 Mk. haben, — selbständige Gewerbetreibende, die zwei und mehr Gehilfen beschäftigen, und unter 1800 Mk. Einkommen haben.

drei Stimmen erhalten:

Staatsangehörige mit Einkommen über 2400 Mk. und

vier Stimmen erhalten:

Staatsangehörige mit Einkommen über 3000 Mk.

Eine Zusatzstimme erhalten ganz allgemein Wähler, die das Einjährigenzeugnis besitzen und Wähler, die über 50 Jahre alt sind. Die Häufung der Stimmen geht bei den einzelnen Wählern also bis zu 5.

Neben dieser Pluralwählerklasse steht eine Wählerklasse der Höchstbesteuerten, die, wie bisher, drei Abgeordnete wählen soll. In diese Klasse zählen alle Staatsangehörigen mit Einkommen von mehr als 7500 Mk.

Wahlberechtigt sind nur diejenigen, die zwei Jahre die Staatsangehörigkeit besitzen und mindestens ein Jahr im Orte wohnen. Die Wahlperiode soll 6 Jahre dauern. Die Zahl der Landtagsmitglieder wird um 5 vermehrt.

Dieses neue Wahlrecht ist so absurd, daß es von keinem der bisherigen Wahlrechtsverschlechterungsversuche erreicht wird. Man hat sich das sächsische Wahlrecht zum Muster genommen und es noch durch einige besondere Zutaten verschlechtert. Nicht nur, daß die Arbeiter samt und sonders durch die Pluralstimmen erdrückt werden, auch die Staatsangehörigkeitskarenzzeit und die Gemeindeansässigkeitsklausel richten sich gegen die Arbeiter. Offenbar denkt die fürstlich-reußische Regierung, wenn schon einmal der Versuch gemacht werden soll, die Arbeiter um ihr Wahlrecht zu prellen, daß es dann auch gründlich besorgt werden muß. Nach dem neuen Wahlrecht ist es nicht nur ausgeschlossen, daß die Arbeiter einen Vertreter im Landtage erlangen, auch der kleinere Mittelstand würde mit positiver Sicherheit leer ausgehen und der Landtag zu einem Interessenklüngel der Handvoll der Besitzenden werden. Selbstverständlich wird die reußische Arbeiterschaft alles daran setzen, um dieses Monstrum nicht Gesetz werden zu lassen.

Das französische Kapital in der Weltwirtschaft.

Die französische Industrie und mit ihr alle Volkswirte klagen über die Rückständigkeit der industriellen Entwicklung Frankreichs, dessen Naturschätze immer mehr in die Hände ausländischer Kapitalien geraten. Man weiß auch, daß die Ursache dieses Zustandes nicht allein in der gering entwickelten wirtschaftlichen Initiative der Franzosen zu suchen ist, sondern vor allem in der eigenartigen Praxis der französischen Großbanken, die der ganzen Welt und selbst den zweifelhaftesten Schuldnern Milliarden zur Verfügung stellen, aber die eigene Industrie als kreditunwürdig behandeln, sodaß tatsächlich das Unternehmertum des kapitalreichsten Landes der Welt an Kapitalmangel leidet. Interessante nähere Angaben über diese Zustände bietet ein Vortrag, den Genosse Rappaport kürzlich in

Zürich gehalten hat. Er betont, daß in Frankreich der Kapitalismus hauptsächlich Finanzkapitalismus ist. „Frankreich ist der Weltbankier und Weltwucherer". Die Kapitalisten legen ihr Geld, statt sich mit Geschäftssorgen zu plagen, auf die Bank, die ihnen 8—10 Prozent herauswirtschaftet. Da man solche Zinsen von der einheimischen Industrie nicht eintreiben kann, versagen die Banken dieser den Kredit und „arbeiten" mit dem Ausland. Fünf Großbanken beherrschen den französischen Geldmarkt. Sie haben 30 Milliarden im Ausland angelegt und die „Herrschaft über die weiteren 60, auf die man die inländischen Werte schätzt. Da Regierungen und Parlament durch den politischen Einfluß des Großkapitals und die Aussicht auf hochdotierte Verwaltungsposten vom Finanzkapital abhängig sind, auch fast die ganze bürgerliche Presse im Solde dieses Kapitals steht, braucht es keinerlei Rücksichten auf Landesinteressen zu nehmen. Selbst Checkeinlagen, für die zwei Prozent gezahlt werden, werden zu 10 Prozent in ausländischen Anleihen angelegt. Natürlich sind es nicht die soliden Geldsucher, von denen solche Zinsen zu erzielen sind. So arbeitet man mit den faulsten Schuldnern, den rückständigsten und reaktionärsten Regierungen.

Ueber die Hälfte, rund 16 Milliarden dieses Geldes, hat die russische Regierung. Davon sind 13 Milliarden zu Militärzwecken verpulvert worden, von dem Reste auch noch ein Teil für politische Polizei und dergleichen. Dabei hat Rußland seit 22 Jahren Defizite, die durch immer neue Anleihen gestopft werden. Gerade durch seine finanzielle Schwäche, bei der immer die Gefahr des Staatsbankerotts droht, hat es seine Gläubiger abhängig gemacht und nötigt sie zu immer neuen Darlehen. Sind doch schon durch die Kursstürze, die die russische Lotterwirtschaft über die russischen Papiere gebracht hat, die Besitzer dieser Anleihetitel um 3—4 Milliarden Frank geschädigt worden. 5 Milliarden stecken in der Balkanhalbinsel, 3 in der Türkei, 2 bei ihren Gegnern. Grund genug für die Friedenswirtschaft und Vermittlerrolle der französischen Regierung, die noch mehr als andere die Agentin des Finanzkapitals ist. Große Anlagen stecken auch in Südamerika, rund 3 Milliarden in Brasilien, 659 Millionen in Argentinien. Auch an China sind 600 Millionen verliehen.

„Die Abhängigkeit der Presse ist so vollständig, daß von all den Verbrechen des Zarismus nicht eine Zeile in die bürgerlichen Blätter gebracht wird. Nur die sozialdemokratische „Humanitee" ist frei und hat daher einen so schweren Stand".

Deutsche Politik.

Zur Teuerung auch noch bitterer Hohn. Während der Rede Scheidemanns am Mittwoch erschien, vermutlich vom Reichskanzler herbeizitiert, auch der preußische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer im Reichstage. Sofort begann er fleißig Notizen zu machen, die sich dann bis zum Donnerstag zu einer fulminanten Rede entwickelt hatten, die Herr v. Schorlemer dem Reichstage vorsetzte. Man wird von preußischen Ministern ganz gewiß nicht zu viel verlangen — an das Milieu des Dreiklassenhauses gewöhnt, pflegen sie sich nicht besonders in geistige Unkosten zu stürzen —; aber etwas mehr, als der preußische Minister am Donnerstag im Reichstage geboten hat, durfte man doch erwarten. Nur sehr bedingt gab der Minister das Vorhandensein einer Fleischnot zu. Nach agrarischem Muster machte er für die Verteuerung lediglich den Zwischenhandel und die Fleischer verantwortlich. Dann aber behauptete er frei und kühn, daß die Zunahme der Pferdeschlachtung auf die starke Produktion an Pferden zurückzuführen ist, und die Nachfrage nach Pferdefleisch auf die steigende Vorliebe, die man diesem Fleisch in immer weiteren Kreisen entgegenbringt.

Die Junker quietschten bei dieser Leistung des Ministers förmlich vor Vergnügen; der Schnaps-Kreth hatte schon vorher durch faule Witze seine engeren Freunde in einen recht animierten Zustand versetzt, und so löste jeder neue „Geistesblitz" dieses trockensten aller Minister eine sich stets steigernde fidele Stimmung auf der Rechten aus. Die recht unbequeme Frage nach der Ermöglichung der Einfuhr von Vieh aus den Kolonien tat der Minister mit der Behauptung ab, daß die Kosten zu hoch wären. — Demnach war es also Schwindel, wenn dem Reichstage vom Regierungstische aus so oft versichert wurde, daß die Kolonien u. a. auch die Aufgabe haben, uns billige Nahrungsmittel zu liefern! Die Rede dieses Ministers war in der Tat bitterer Hohn für die notleidenden Massen.

Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat am Donnerstag zusammen und nahm einen Vortrag des Staatssekretärs v. Kiderlen-Wächter entgegen, der sich über die auswärtige Lage beruhigend geäußert und weitere kriegerische Verwicklungen als durchaus unwahrscheinlich bezeichnet haben soll.

Liberales Wahlabkommen zu den preußischen Landtagswahlen. Die Verhandlungen zwischen den provinzialen Parteivorständen der fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei über ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien bei den bevorstehenden Landtagswahlen in der Provinz Brandenburg haben zu einer Verständigung geführt, deren Genehmigung durch die sonstigen Parteiinstanzen in nächster Zeit erwartet wird.

Ministerkrise in Sicht! In den Wandelgängen des Reichstags ist am Donnerstag die Behauptung verbreitet worden, daß der Staatssekretär Delbrück zurücktreten werde, wenn die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Resolution zur Fleischteuerung im Reichstage eine Mehrheit finden sollte. Staatssekretär Delbrück hat bei der Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags dem Reichskanzler versichert, daß die neuen Bestimmungen es keineswegs ermöglichen, daß der Reichstag der Regierung ein Mißtrauensvotum aussprechen könne. In der sozialdemokratischen Resolution erblicken oder sowohl der Staatssekretär als auch der Reichskanzler ein Mißtrauensvotum. Die Kommissare der Regierung sind auch bereits seit Mittwoch abend eifrig am Werk, um eine Abstimmung über die Resolution in dieser Form zu hintertreiben. — Die Entscheidung sollte auf den gestrigen Freitag fallen.

Dr Schulkampf in Sachsen. Die Zweite Kammer beschloß die gesetzliche Einführung der Schulgeldfreiheit in der Volksschule. Weiter wurde die allgemeine Volksschule angenommen. Deren bisherige Dreiteilung in untere, mittlere und höhere Volksschulen soll also verschwinden, doch sollen Privatschulen, wie bisher, erlaubt sein. Den Schulgemeinden ist es gestattet, vom dritten Schuljahr ab eine Volksschulabteilung mit höheren Zielen zu errichten. In dieser Abteilung sind Kinder mit ausreichender Begabung auf Wunsch der Eltern ohne weiteres aufzunehmen. Die Schülerzahl einer Klasse der Volksschule **darf 50 nicht übersteigen.** In zweiklassigen Volksschulen dürfen einem Lehrer nicht mehr als 80 Kinder zum Unterricht anvertraut werden. Alle diese Anträge wurden gegen den heftigen Widerstand der Konservativen und gegen den Willen der Regierung angenommen.

Taten. Sie wollen wieder Taten sehen — die Herren vom Wehrverein. Am Mittwoch war ihr Provinzial-Verband Berlin-Brandenburg in Berlin versammelt, und der Vorsitzende hielt bei der Gelegenheit ein Referat über „Friedensseligkeit und Kriegsmut". Er suchte nachzuweisen, daß das alte deutsche Reich an seiner Friedensseligkeit zugrunde gegangen sei und behauptete, das „kriegerische" Frankreich strebe offen wieder nach dem linken Rheinufer.

„Nur in der Offensive und Ausdehnung, der alle Mächte huldigen, liege die Entwicklungsmöglichkeit, Erfordernisse, die bei uns leider dank unerfreulicher Einflüsse unverantwortlicher gewisser satter reicher Kreise, die dem internationalen Händlertum angehören, in Mißachtung gekommen seien. Daher rühre eine bedauerliche Einbuße am Ansehen des Reiches im Rate der Völker seit Bismarcks Ausgang. In der gegenwärtigen kritischen Stunde müsse die Regierung erklären, daß sie endlich zu Taten entschlossen sei und eine Wiederholung der erfolglosen Marokkopolitik nicht dulde. Jede tatkräftige Politik sei der Unterstützung der Patrioten gewiß."

Eine Resolution wurde nicht gefaßt, und zwar begründete man diese Enthaltsamkeit mit der nicht ungefährlichen Weltlage. Nun wissen wir aber nicht, welche Taten die Regierung eigentlich verrichten soll. Soll Deutschland nach Durazzo marschieren, soll es Kleinasien einstecken, oder soll es über Frankreich herfallen, um die „deutschen Kernlande", wie der Vortragende Belfort, Montbéliard, den größten Teil Lothringens, Hochburgund, die nördlichen Grenzbezirke mit der Stadt Lille und Boulogne nannte, wieder zu erobern? Wie gesagt: das wissen wir jetzt nicht, und wir sind auch im Zweifel, ob es der Wehrverein weiß. Aber ganz gleichgültig: Es müssen Taten geschehen.

Staatsminister und Zechenherren. Was ist so ein Minister mit seinen lumpigen 50 000 Mk. Gehalt gegen die Stinnes, Thyssen und Konsorten, die ihre Einnahmen nach Millionen beziffern? Die Zechenherren lassen sich den Minister gefallen, wenn er ihnen zu Willen ist, sie behandeln ihn, als wenn er ihr widerborstiger Untergebener wäre, wenn er nicht so tanzt, wie die Zechenherren pfeifen. Das haben die Minister Sydow und Breitenbach dieser Tage am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Herr Sydow war von Herrn Stinnes bezichtigt worden, daß er lediglich aus Popularitätshascherei die Erhöhung der Kohlenpreise nicht mitgemacht habe. Auf eine lendenlahme Gegenbemerkung des Handelsministers wiederholt Stinnes seine Behauptung und nun läßt der Minister so recht wehleidig die „Nordd. Allg. Zeitung" erklären:

„Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß der Handelsminister diese Preßpolemik nicht fortzusetzen beabsichtigt, sondern sich vorbehält, bei geeigneter Gelegenheit, soweit erforderlich, im Landtag darauf zurückzukommen."

Noch schlimmer wird Herrn v. Breitenbach mitgespielt. In der Sitzung, die er in Essen mit den Industriellen wegen des Wagenmangels abhielt, soll es zu turbulenten Szenen gekommen sein; der Vorsitzende, Oberpräsident v. Rheinbaben, soll schließlich erklärt haben: „So kann nicht mehr weiter verhandelt werden." Der Minister erklärte dann diese Schilderung für unzutreffend, man sei mit seinen Darlegungen einverstanden gewesen. Dazu sagt nun die „Rheinisch-Westfälische Zeitung":

„Der Bericht, gegen den man sich hier wendet, stammt von einem Teilnehmer an der Konferenz, dessen Ansehen in der Industrie das des Herrn Hirsch überragt, und dessen Urteilsfähigkeit hinter der des Ministers und des Herrn Hirsch in keiner Weise zurücksteht. Im übrigen können wir nur nochmals betonen, daß im Gegensatz zu den heutigen Ausführungen der Herren Breitenbach und Hirsch, wie uns ausdrücklich versichert wird, die meisten Industrievertreter auf jener Konferenz mit dem Ergebnis absolut unzufrieden sind."

Vielleicht dämmert angesichts dessen dem Minister eine leichte Ahnung davon auf, wie die Grubenmagnaten ihre Arbeiter zu behandeln pflegen, wenn sie schon mit Ministern so umspringen.

Ausland.

Belgien.

Ein Abkommen mit Deutschland. Der Kammer wurde ein Abkommen zwischen Belgien und Deutschland zur Bestätigung vorgelegt, das eine Gegenseitigkeit in Bezug auf die staatliche Unfallversicherung für die im Nachbarlande verunglückenden Arbeiter vorsieht. Die Auszahlung der Entschädigungen soll durch die beiderseitigen Konsuln geschehen. Das Abkommen wird voraussichtlich am 1. Februar 1913 in Kraft treten.

Frankreich.

Vereinfachung der Verwaltung in Frankreich. Die Deputiertenkammer nahm bei Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern, entgegen den Ausführungen des Berichterstatters und des Ministers, mit 269 gegen 266 Stimmen einen Zusatzantrag an, durch den die Unterpräfekturen beseitigt werden.

Ungarn.

Die Staatsstreichhelden Lukacs und Tisza vor den Budapester Geschworenen. Das Budapester Geschworenengericht sprach das Organ der sozialdemokratischen Partei, das in einem energischen Artikel Lukacs und Tisza für Bestien erklärte, von der Anklage der Beleidigung frei. Unser Parteiblatt forderte die Arbeiterschaft auf, sich vorläufig den Bajonetten und Gewehren nicht gegenüberzustellen und zu warten, bis ruhige Zeiten kämen und dann diesen Parlamentsverrätern auf russische Art zu antworten.

Die bürgerlichen Oppositionsblätter erklären, dieser Artikel sei die Meinung der Budapester Bürgerschaft. Nach dem Urteil

---

Mutter.

Von August Friedrich Krause.

19 (Nachdr. verb.)

Das Vatererbe rang mit dem Erbe der Mutter in der Seele des Kindes, Leidenschaft und Kraft, Höll und Himmel rangen miteinander um die Zukunft eines jungen Lebens, und lockend stand der Versucher davor und reizte die schlimme Gier.

Und wie so oft in einem Kampf gleicher Kräfte ein Unbedeutendes die Entscheidung bringt, so kam dem Guten in der Seele dieses Kindes der Zufall zu Hilfe und gab ihm den Sieg.

Die Tafelrunde hatte die Bemühungen des Schusters mit Lachen und Scherzreden begleitet; die einen spornten den Verführer an, die anderen redeten Paul zu. Da erinnerte sich einer des Spottnamens, den der Tischlerssohn jüngst in der Schule von Mitschülern bekommen hatte und schrie ihm zu:

„Sauf ock, Sumpf-Paule!"

Das Wort fiel wie ein Donner in die Seele des Jungen und weckte mitten in der Not des Kampfes Erinnerung an die junge Schmach.

Drei Tage war er nach seiner sinnlosen Trunkenheit krank gewesen. Die Mutter hatte ihm kein Wort des Vorwurfes gesagt, keine Strafe hatte ihn getroffen, wie er zuerst, nachdem er zur Besinnung gekommen war, gefürchtet hatte. Nur ernst und schwer und zwingend hatte oft der Blick der Mutter auf ihm geruht. Sie redete nicht mit ihm, er mochte fragen, bitten und flehen wie er wollte, sie sah ihn nur immer an, und dieser Blick, den er noch nie an der Mutter gesehen hatte, zerriß ihm die Seele und quälte ihn mehr und mehr als die härteste Strafe und stellte ihn ganz unter den Bann ihres Willens.

Dieser Bann wirkte in ihm, auch wenn die Mutter nicht um ihn war, er begleitete ihn zum Spiel auf die Straße, zum Lernen in die Schule, in den Wald, aufs Feld. Wo er ging und stand, sah er ihre ernsten, zwingenden Augen auf sich gerichtet.

Als er, nachdem er vier Tage gefehlt hatte, das erste Mal wieder zur Schule ging, mußte er sein Ausbleiben selbst vor der ganzen Klasse mit dem Bekenntnis seines Vergehens entschuldigen. Die Mutter hatte ihm aufgetragen, was er sagen sollte, und kein Tüpfelchen ließ er von den Worten weg, die sie ihm vorgesagt hatte: „Lieber Herr Lehrer, bitte, sind Sie nicht böse, daß ich nicht zur Schule gekommen bin: ich habe mich betrunken und bin davon krank geworden!"

Die Scham stachelte ihn, daß er am liebsten auf und davon gelaufen wäre und würgte ihm in der Kehle, aber der Mutter Wille brannte ihn, daß er steif vor dem Katheder stand wie eingewurzelt, und stieß ihm die Worte aus der Brust schwer und voll Tränen, wie er sie in der Seele trug.

Nur die Güte und Liebe strahlenden Augen seines Lehrers machten ihm das Furchtbare ein wenig leichter.

Helles Gelächter der jungen Brut brach nach diesem Bekenntnis los; die auf den hinteren Plätzen saßen, stiegen auf die Bänke, um den kleinen Sünder in seiner Angst und die Strafe, die sie für ihn erwarteten, besser sehen zu können.

Ernst und milde, aber voll zwingender Kraft glitt der Blick des alten Mannes, während er weise bedächtig seinen langen schneeweißen Bart strich, über die Klasse hin und ohne daß er ein Wort sagen mußte, trat augenblicklich Ruhe ein.

„Schämt euch!" sagte er nur und alle Köpfe senkten sich.

Das Heldentum des kleinen Kerls, der so tapfer seine Verfehlung bekannte, war ihm nahe gegangen, und so fand er, während Paul noch mit tiefblassem Gesicht und starren Mienen, die Augen fest auf ihn gerichtet, vor ihm stand, die rechten, schlichten Worte der Ermahnung an ihn und die ganze Schar.

Es war eine ernste Stunde für die Kinder, die dem und jenem wohl auch nahe ging, der oberflächliche Sinn so mancher aber wurde nicht allzusehr aufgewühlt, und so kam es, daß einer der Knirpse, der daheim vielleicht etwas von den Reden der Großen über das Lumpen und Sumpfen des alten Rother aufgeschnappt hatte, für den Tischlerssohn den Spottnamen: Sumpf-Paule aufbrachte.

Durch diesen Namen wurde dem Kinde zum erstenmale die Schande seines Vaters, an dem er bisher mehr als an der Mutter gehangen hatte, nahegebracht. Weil die Mutter es ihm geboten, ertrug er die Schmach seines Namens, ohne sich dagegen zu wehren, wie er, wenigstens den jüngeren Mischülern gegenüber, wohl gekonnt hätte; aber alle diese Erlebnisse branten sich tief in seine Seele und gaben ihn, die durch sie vom Vater losgelöst worden, völlig unter den Willen der Mutter.

Als so unerwartet auch von Großen der Spottname ihm zugeschleudert wurde, den er bisher nur von Mitschülern zu hören bekommen, ging jäh eine Veränderung in dem Knabengesicht vor: das kämpfende Spiel der Mienen erlosch, die Züge wurden starr, dunkle Röte flog über das blasse Gesicht, die Augen füllten sich mit Tränen der Wut. Mit beiden Händen stemmte er sich, um ihn von sich abzuwehren, gegen die Brust des Schusters, und als er aufs neue das Glas an seine Lippen zwang, widerte der Geruch des Fusels ihn so sehr an, daß er mit einer plötzlichen Bewegung dem Verführer das Glas aus der Hand schlug.

Klirrend fiel es zu Boden und zerbrach.

Mitten in den Tumult, der sich darüber erhob, schrillte die angstvolle Stimme des Knaben aufs neue die Botschaft, die ihm aufgetragen war.

„Vater, du sollst heemkummen, 's is a Herr da!"

Vielleicht war es die Angst, die den Worten des Knaben den scharfen Klang gab, der Meister aber meinte, die harte Stimme seines Weibes zu hören, und plötzlich fühlte er sich wieder unter ihren Bann.

Mit ihrer Verachtung, die ihn für sie und das Haus aus der Liste der Lebendigen gestrichen, hatte sie ihn niedergezwungen.

Und doch nicht mit dieser Verachtung allein. Aus ihm selbst heraus kam ein Neues hinzu, das ihr half:

Als der Knabe ihm so unerwartet die Botschaft der Mutter zurief, erging es ihm wie einem, der aus großer Höhe niederstürzt und im Augenblick des Falles sein ganzes Leben in jagenden Bildern überblickt. In einem traum

der Geschworenen sei es nun kein Verbrechen mehr, den Ministerpräsidenten und den Reichstagspräsidenten für Verräter und Bestien zu erklären.

Rußland.

Eine Gefängnis„reform“. Das Gefängnisressort bringt in der Reichsduma eine Gesetzesvorlage ein zur Reorganisation der Zuchthäuser. Die Zwangsarbeit soll künftig nicht nur in den Zwangshäusern Sibiriens stattfinden, sondern auch im europäischen Rußland; zugleich soll die Zwangsansiedlung abgeschafft werden.

Badische Politik.

Ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie

fordert der bekannte schwarze Schmock Erzberger in einem Artikel über den Basler internationalen Sozialistenkongreß. Der Artikel schließt mit der folgenden geradezu rabiaten Scharfmacherei:

„Sollte es wirklich kein Mittel geben, solche vaterlandsverräterischen Aufhetzungen in Deutschland zu vermeiden! **Wohin muß es führen, wenn die deutsche sozialdemokratische Presse ungehindert derartige Aufrufe zum Vaterlandsverrat und zur Revolution unter das Volk bringen darf!** Es wäre allerdings eine naive Ueberschätzung der in Basel gehaltenen Reden und gefaßten Resolutionen, wenn man ihnen eine augenblickliche Wirkung zuschreiben wollte, aber es ist doch unverkennbar, daß durch dieselben den revolutionären Gedanken immer mehr die Wege geebnet werden und daß weite Volkskreise sich immer mehr damit vertraut machen. Es muß etwas geschehen, das der Unterminierung des vaterländischen Gefühls bei unsern Arbeitern Einhalt gebietet; zum wenigsten **darf es unter keinen Umständen geduldet werden, daß in der deutschen Presse eine revolutionäre Propaganda sich breit macht.**“

Die „revolutionäre Propaganda“, wegen deren sich das Buttenhausener Talglicht so fürchterlich entrüstet, besteht in einer ernsten, würdevollen Kundgebung für den Frieden; sie hat den Zweck, die Völker Europas vor den entsetzlichen Greueln eines Krieges zu bewahren. Deswegen pobelt uns der Zentrumsschmock an und ins Gefängnis mit den Kerlen, die nicht den Massenmord für die feinste Blüte europäisch-christlicher Kultur halten! Ins Gefängnis mit ihnen, die sich vermessen, gegenüber den blutrünstigen Tiraden verbrecherischer Säbelrasseln die Ideale wahrer Menschlichkeit zu predigen und ihre ganze Kraft daransetzen, die Völker Europas vor dem Entsetzlichsten zu bewahren! Der Klerikalismus zentrümlicher Färbung zeigt inmitten des Kriegslärms wieder sein wahres Gesicht: die abscheuliche Fratze eines zu jeder Infamie, zu jedem reaktionären Gewaltstreich fähigen Ungeheuers!

Eine bemerkenswerte Mitteilung

hat der frühere nationalliberale Parteichef Herr Stadtrat Dr. Binz an das „Karlsruher Tagblatt“ gelangen lassen. Darnach hat Herr Dr. Binz im Frühjahr 1905, also lange bevor der liberale Block und der Großblock entstanden waren, sich an den Führer der Konservativen gewendet, um ein taktisches Wahlabkommen mit diesen zu vereinbaren. Die Konservativen aber erklärten, sie hätten keine Lust mehr, mit den Nationalliberalen zusammenzugehen.

Offenbar war damals der klerikal-konservative Reaktionsblock schon abgeschlossen. Heute kommen dieselben Konservativen und versuchen die Nationalliberalen mit dem Versprechen zu ködern, sie könnten nur mit den Konservativen und dem Zentrum und nur unter dem jetzigen Wahlrecht noch zu einer einflußreichen politischen Stellung gelangen. Daraus geht mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß die Reaktion mit Hilfe der Nationalliberalen sich in den Sattel schwingen möchte, weil sie allein dazu nicht imstande ist. Wäre die Reaktion erst am Ruder, dann bekämen die Nationalliberalen den verdienten Fußtritt.

Daß Herr Dr. Binz gerade im gegenwärtigen Augenblick diese bis jetzt in der Oeffentlichkeit unbekannte Reminiszenz publiziert, hat wohl seine bestimmten Gründe. Herr Obkircher kann sie vielleicht erraten.

Einen kräftigen Nasenstüber

erhielt Herr Obkircher in einem Artikel der „Straßb. Post“. Es wird da auf die Verluste hingewiesen, welche die nationalliberale Partei bei den Landtagswahlen im Jahre 1909 erlitten hat und an welchen Herr Obkircher nicht ganz unschuldig war. Rebmann habe die Führung in einer sehr kritischen Situation übernommen, seine Aufgabe sei es gewesen, dem Zentrum zu keiner entscheidenden Stellung im Landtag zu verhelfen, das nur durch ein richtiges Verhältnis zur Sozialdemokratie möglich war. Zum Schluß heißt es dann:

> Vor allem wird dafür zu sorgen sein, daß die Partei in den nächsten Wahlkampf nicht wieder mit derselben Zerfahrenheit und inneren Fassungslosigkeit hineingeht, durch den der letzte zu einem mahnenden und warnenden Menetekel des Niedergangs geworden ist. Gerade deshalb aber wäre es vielleicht doch besser und würdiger gewesen, Dr. Obkircher hätte seine Bedenken an der Stelle vorgebracht, die für den früheren Parteichef immer ein offenes Ohr besitzen wird, anstatt mit einer Kundgebung an die Oeffentlichkeit zu treten, durch die das schwer errungene Gut der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei von neuem in Frage gestellt werden könnte.“

Wohl bekomms! Bis jetzt hat Obkircher nur in der reaktionären Presse und in der „Breisg. Zeitung“, die politisch aus naheliegenden Gründen schon lange nicht mehr ernst genommen wird, Zustimmung erhalten. Auch ein Kompliment für den „Vater des Großblocks“.

Politik in der Kaserne.

Unter den Rekruten des Karlsruher Grenadierregiments wurde letzter Tage eine im reichsverbändlerischen Geiste und Stil verfaßte politische Broschüre verbreitet, die den Titel „Rekrutenbriefe“ trägt. In diesen „Rekrutenbriefen“ wird das tollste, unglaublichste Zeug behauptet. So heißt es Seite 14, daß die armen Leute **keinen Pfennig** zu den Kosten des Militärs beitragen, der **Arbeiter zahle überhaupt keine Steuern.** Die Kosten für das Militär würden von den besser gestellten Klassen getragen.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß solches Zeug gedruckt und unter die Soldaten verteilt wird. Glaubt denn jemand im Ernste, daß die jungen Leute, die zum Militärdienst einberufen werden, so s—dumm sind, solchen Kohl ernst zu nehmen? Diese „geistigen Waffen“, mit denen man gegen den „inneren Feind“ Propaganda zu machen versucht, gleichen der alten Flinte, deren Schüsse nach hinten losgehen. Jedenfalls hat die Sozialdemokratie von einer so blöden politischen Propaganda nichts zu fürchten, ganz im Gegenteil. Das Kapitel über das Verbot, sozialdemokratische Schriften in die Kaserne zu bringen, wird den Rekruten, die sozialistisch infiziert sind, die willkommenste Gelegenheit bieten, ihre Kameraden über den hanebüchenen Unsinn, der in diesem Kapitel verzapft wird, aufzuklären. Da wird u. a. behauptet, der „innere Feind“ — die Sozialdemokratie — lehre, daß alles Geld und Gut den Menschen gleichmäßig gehöre. „Wer soll die Armee führen, wenn alle gemeine Soldaten sind oder wer soll kämpfen, wenn alle Führer sind?“ So beweist der Verfasser der Rekrutenbriefe, ein Oberstleutnant Spohn, vom 6. brandenburgischen Infanterieregiment, wie falsch die sozialdemokratischen Lehren sind und welche Gefahr sie in sich tragen. „Nun wird es dir klar sein, warum du nicht sozialdemokratische Versammlungen besuchen und keine sozialdemokratischen Schriften in die Kaserne bringen darfst“, ruft der Oberstleutnant Spohn vom Stabe des 6. brandenburgischen Infanterieregiments den Rekruten zu, die, wenn sie den Unsinn lesen, sich den Bauch vor Lachen halten werden.

Glaubt man denn wirklich, mit dieser Art politischer Propaganda in der Kaserne der Sozialdemokratie irgendwelchen Schaden zufügen zu können? Der Kriegsminister kann doch unmöglich ein politisch so naiver Mensch sein, daß er von diesen „Rekrutenbriefen“ irgendwelchen Erfolg hinsichtlich der Bekämpfung unserer Partei erhofft. So dumm sind die Rekruten vom entlegensten Hinterlande heutzutage nicht mehr, als daß sie auf solchen Humbug hereinfallen. Immerhin ist es bezeichnend, daß solche politischen Flugschriften in der Kaserne verteilt werden dürfen. Noch charakteristischer aber sind die „Rekrutenbriefe“ für den geistigen und politischen Tiefstand, wie er teilweise noch unter unsern Offizieren herrscht. Daß ein Oberstleutnant mit so haarsträubendem politischem Unsinn schriftstellerisch hausieren geht, hätten wir nicht für möglich gehalten. Der jüngste Rekrut ist politisch gescheiter als der Oberstleutnant Spohn vom Stabe des 6. brandenburgischen Infanterieregiments. Hier haben wir ein geradezu klassisches Beispiel, wohin die geistige und gesellschaftliche Absonderung der Offiziere vom bürgerlichen Leben führt. Sie stehen den großen weltbewegenden Fragen der Zeit wie unmündige Kinder gegenüber und bilden sich dabei ein, die Elite der Nation zu sein. Diese Sorte politischer Gegner ist uns wahrlich nicht gefährlich. Die „Rekrutenbriefe“ dienen weit mehr dazu, die sozialistische Propaganda in der Kaserne zu fördern, als sie zu verhindern. Insofern macht uns also die politische Propaganda der Reichsverbändler keinerlei Sorgen.

Das Justizministerium hat an alle Gerichte, Staatsanwaltschaften und Notariate des Landes folgende Verfügung gerichtet: 1. Im amtlichen Verkehr mit dem Publikum hat sich der Beamte unausgesetzt vor Augen zu halten, daß jedermann den Anspruch zu erheben berechtigt ist, von der Behörde in anständiger, ruhiger und höflicher Weise behandelt zu werden, und daß dem Ansehen und der Würde der Behörde wie der Achtung vor dem Beamten nichts so sehr schadet, als ein unangemessenes Verhalten gegen das Publikum. Jede Schroffheit ist zu meiden; der Beamte hat sich hieran selbst dann zu halten, wenn er in die Lage kommt, Zurechtweisungen zu erteilen. Es darf auch nicht der Schein aufkommen, als ob ein ordnungsmäßiges Angehen der Justizbehörde als eine mißliebige Behelligung empfunden werde. — 2. Zeugen und Sachverständigen ist die Erfüllung ihrer öffentlichen Pflichten durch tunlichstes Entgegenkommen zu erleichtern. — 3. Bei Schriftstücken, die den Beteiligten zu übermitteln sind, ist Erwachsenen ohne Unterschied des Standes in der Adresse des Schriftstückes außen und innen die Bezeichnung als Herr, Frau, Fräulein beizulegen. Im Text der Schriftstücke sind die Ausdrücke: eröffnen, mitteilen, benachrichtigen, in Kenntnis setzen, erwidern, am Platze. Die Wörter „bescheiden, Bescheid“ sollen, soweit das Gesetz nicht gerade diesen Ausdruck wählt, vermieden werden. — 4. Jede amtliche Unterschrift des Beamten soll vollkommen deutlich und leserlich sein. — Die Befolgung der erlassenen Vorschriften ist durch die Herren Dienstvorstände in geeigneter Weise zu überwachen. Bei Zuwiderhandlungen haben die Herren Dienstvorstände disziplinär oder, falls ihre Zuständigkeit nicht ausreicht, ein solches Einschreiten dem Ministerium in Antrag zu bringen

---

...sten Augenblick stand sein Elend, stand alles vor ihm, was er gesündigt hatte an seinem Weibe, an seinem Kinde, an sich selbst, stand riesengroß und vernichtend vor ihm die Schuld, um derentwillen, das wußte er, sein Weib ihn jetzt hasse. Und mit der Erkenntnis seiner Schuld erwachte die Furcht vor ihren Folgen in ihm.

Diese Furcht war es vor allem, die ihn wieder unter den Willen der Frau zwang, mit der ihn nichts mehr verknüpfte, als nur ein äußerliches, aber unzertrennliches Band.

Wie ein Träumender hatte Rother dagesessen und nichts von dem wahrgenommen, was sich zwischen dem Schuster und seinem Sohne zugetragen hatte. Als Paul ihm mit der Stimme, die ihm klang wie die seines Weibes, zum erstenmale seine Botschaft zuschrie, erhob er sich schwerfällig und schob sich wie ein Halbbetäubter hinter dem Tische vor.

Man wollte ihn halten, er gab keine Antwort; der Schuster höhnte, er hörte es nicht, und als der Freund ihn am Arme festhielt, riß er sich los.

Wie ein Nachtwandler auf schmalem First schwankte er zur Tür.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 30. Nov. 9. Vorstellung außer Abonnement. Ermäßigte Preise. **„Nathan der Weise“**, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Lessing. Anfang 7½, Ende gegen ¾11 Uhr.

Sonntag, 1. Dez. A. 21. **„Die Meistersinger von Nürnberg“** in 3 Akten von Rich. Wagner. Anfang ½6, Ende nach ¾11 Uhr.

Montag, 2. Dez. B. 21. Zum erstenmal: **„Die heimliche Krone“**, Tragödie in 5 Akten von Emanuel von Bodman. Anfang 7 Uhr.

Jugendbewegung.

Der Chef der Jugendwehr.

Der Jugendwehr in Langenschwalbach ist großes Heil widerfahren. Sie hat einen „neuen Chef“ erhalten, der sich durch eine besondere Energie und Schneidigkeit auszeichnet. Um ihren neuen Chef zu empfangen und ihm ihre Kriegstüchtigkeit zu beweisen, versammelten sich die „jugendlichen Helden“, 80 an der Zahl, zu einem Kriegsspiele. Pünktlich um 3 Uhr kam der sehnlichst erwartete neue Chef, — der fünfjährige Prinz Christian von Schaumburg-Lippe, hoch zu — Pony stolz dahergeritten. Mit „militärischem Ernst grüßend“, ritt er die Front der Jugendwehr ab. „Dann“ — so berichtet die „Wiesbadener Tageszeitung“ — „führte der neue Chef seiner Mutter und Schwester, die vom Fenster des Metropole-Hotels dem militärischen Schauspiel zuschauen, sein Elitekorps vor. Schneidig geht der Parademarsch und gar vortrefflich das Exerzieren. Das folgende Kriegsspiel wirkt überraschend wahr und — wo es am tollsten hergeht, ist der kleine Chef mitten darin. Nach Friedensschluß sammelt sich alles zur Kritik, die natürlich der militärische Leiter ausübt, und dann geht es zum „Manöverdiner“ — Schokolade und Kuchen — in Metropole-Hotel, wo die friedlichere Fortsetzung des Tages mit „Ordensverleihung“, Absingen patriotischer Lieder, Spiel usw. folgt. Daß die „kleinen“ hohen Herrschaften bis zuletzt der zweistündigen Feier beiwohnten, trug nicht wenig zur Erhöhung der Festfreude bei.“

Hoffentlich hat man sämtliche Hühner der Veranstaltung ferngehalten. Die hätten sich doch sicher totgelacht.

Aus der Partei.

Das Begräbnis des Reichstagsabg. Gen. Förster. Unter zahlreicher Beteiligung der Hamburger Parteigenossen wurde am Donnerstag Gen. Hermann Förster zu Grabe getragen. In der Kapelle des Ohlsdorfer Friedhofs fand eine schlichte Feier statt, an der unter andern teilnahmen der Parteivorstand, vertreten durch den Genossen Hermann Müller, die Reichstagsfraktion, vertreten durch die Abgg. Stadthagen, Wurm, Baudert, Leutert, Käppler und Giebel. Auch aus Försters Reichstagswahlkreis Reuß ä. L. war eine Deputation erschienen. Sämtliche Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft, der Förster angehört hatte, waren gleichfalls durch Mitglieder vertreten, ebenso der Vorstand der Bürgerschaft. In der Kapelle riefen die Reichstagsabgg. Frohme, Stadthagen und Baudert dem dahingeschiedenen Freunde Worte der Anerkennung und des Dankes nach. Am offenen Grabe hielten Gen. Herman Müller (Berlin) und Genosse Paul Hoffmann (Hamburg) Trauerreden. Von den Gewerkschaften war der Tabakarbeiterverband, dessen erster Vorsitzender unter dem Sozialistengesetz Genosse Förster gewesen, durch zahlreiche Mitglieder vertreten. Zu Beginn der Mittwochsitzung der Hamburger Bürgerschaft zollte der Präsident dem Wirken Försters anerkennende Worte.

Der Kreisvorsitzende Genosse Faißt in Hornberg, der schon seit 4 Wochen an Blinddarmentzündung darniederliegt, mußte sich gestern einer Operation unterziehen, die bis jetzt einen glücklichen Verlauf nahm. Wir wünschen unserem rührigen Genossen recht baldige völlige Genesung.

10. bad. Reichstagswahlkreis.

Am Sonntag, 1. Dezember, finden in Welschneureut, Teutschneureut, Heidelsheim und Helmsheim **öffentliche Volksversammlungen** statt. Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautet: „Die gegenwärtige politische Lage.“ Referenten sind die Landtagsabgg. Gen. Bechtold, Süßkind und Kahn. Insbesondere an die Arbeiterschaft ergeht die Aufforderung, in Massen zu erscheinen.

Das Parteisekretariat Karlsruhe:
Weber.

Kommunalpolitik.

Noch etwas zur Schuleinweihung in Grünwettersbach. Ein Parteigenosse aus Grünwettersbach schreibt uns: Der Berichterstatter des Artikels über die Einweihung unseres Schulhauses hat anscheinend etwas übersehen. Die Sache erscheint uns aber wichtig genug, um darauf zurückzukommen. Herr Oberlehrer Münch sagte nämlich in seiner Ansprache u. a. dem Sinne nach folgendes: „Solange die Deutsche Lehrerschaft auf dem Damm ist, wird nicht zu fürchten sein, daß die Religion aus der Schule entfernt wird.“ Wir wissen nun nicht, ob der Herr Oberlehrer tatsächlich der Meinung ist, daß die Religion Schaden erleiden würde, wenn sie nicht auf dem Stundenplan der Schule steht oder ob es von Herrn Münch nur ein Ausschmücken seiner Rede mit Kraftausdrücken war. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist Herr Münch, wenn wir die erste Annahme gelten lassen, damit einverstanden, daß ein erheblicher Teil der Lehrerschaft gezwungen wird, Religionsunterricht zu erteilen, trotzdem viele Lehrer innerlich mit vielen Glaubenssätzen und biblischen Erzählungen nicht einverstanden sind. Ist es denn wirklich so schwer zu begreifen, daß die Trennung von Schule und Kirche im denkbar größten Interesse der Lehrer selbst gelegen ist? (Siehe die badischen Schulfälle.) Herr Oberlehrer Münch möge uns den Beweis liefern, daß Religion nur dann gelehrt werden kann, wenn sie mit dem Stundenplan der Schule verquickt ist, und daß es nicht möglich ist, den Religionsunterricht von der Schule zu trennen und ihn der Kirche zu überlassen? Der „Volksfreund“ würde ihm gewiß gerne den Raum zu einem solchen Aufsatz zur Verfügung stellen.

Aus dem Gemeinderat von Kehl. (Sitzung vom 26. Nov.) 1. Genehmigt wird der Verkauf von Gelände auf der Kommissionsinsel. 2. In das Straßburger Adreßbuch soll in Zukunft das vollständige Familienverzeichnis Kehls, anstelle des Geschäftsverzeichnisses aufgenommen werden. 3. Dem Landeswohnungsverein wird die Genehmigung zur Veranstaltung einer Ausstellung hier erteilt. 4. Zurzeit arbeitslos werdende Arbeiter werden bei der Anlage der städtischen Anlagen beschäftigt, deren Ausführung dem Offenburger Stadtgärtner übertragen ist. 5. Abgelehnt wird ein von der sozialdemokratischen Bürgerausschußfraktion eingereichter Antrag auf unentgeltliche Verabreichung der Lernmittel an den Volksschulen. 6. Verschiedene kleinere Punkte finden ihre Erledigung.

Anfechtung der Bürgerausschußwahl in Kirchheim bei Heidelberg. Der Bezirksrat in Heidelberg gab dem Einspruch gegen die Wahl der Bürgerausschußmitglieder in Kirchheim durch die 3. Klasse statt, infolge dessen die Liberalen 2 Ausschußmitglieder mehr erhalten, während die Fortschrittler und Sozialdemokraten je einen Sitz verlieren.

Gemeindewahlen. Im Wahlkreise Dortmund-Hörde erzielten wir in den letzten Tagen noch eine Anzahl günstiger Resultate. In Hohensyburg — weiter bekannt durch den Kaiserbesuch — siegten wir in der dritten Abteilung. — In Sölde siegte unser Kandidat mit 177 gegen 2 Stimmen. — In Aplerbeck siegten wir ebenfalls. Unsere Liste erhielt 324, die der Nationalliberalen 191 und die des Zentrums 103 Stimmen. — In der Gemeinde Rahm eroberten wir ein zweites Mandat. — In Kemminghausen siegten wir ohne Gegnerschaft

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. November.

Präsident Dr. **Kämpf** eröffnete die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesratstische sind erschienen: Staatssekretär Dr. Delbrück und Kriegsminister v. Heeringen. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Kurze Anfragen.

Auf die Frage des Abg. **Mumm** (wirtsch. Ver.), ob Schritte getan seien, um die am 5. Februar 1912 vertagte Brüsseler Konferenz zur Revision des afrikanischen Spirituosenhandels zu neuem Zusammentritt zu veranlassen, erwidert Geheimrat **Klein**, daß keine Schritte zu diesem Zweck eingeleitet seien, da sie zurzeit aussichtslos wären.

Auf die von nationalliberaler Seite gestellte Frage, in welcher Weise in Ermangelung der Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes für den Schutz der Deutschen in Saloniki gesorgt worden sei, erwiderte Geheimrat **Lehmann**, bei den Ereignissen in Saloniki seien bisher Leben und Eigentum der Deutschen nicht zu Schaden gekommen. Die dortigen Behörden hätten in Verbindung mit den Konsuln Maßnahmen getroffen, die **jede Gefahr für Leben und Gesundheit der Deutschen beseitigten.** Sollte sich wider Erwarten die Lage zuspitzen, so seien die deutschen Kriegsschiffe im Mittelmeer imstande, in kurzer Zeit vor Saloniki zu erscheinen.

Ferner fragen die Nationalliberalen an, ob dafür gesorgt sei, daß die gesetzlich vorgesehene Errichtung von Maschinengewehr-Kompagnien sofort und in gewohnter Schnelligkeit durchgeführt werden könne.

Kriegsminister **v. Heeringen:** Die nach dem Friedenspräsenzgesetz von 1911/12 vorgesehenen 114 Maschinengewehr-Kompagnien sind am 1. Oktober 1912 errichtet worden. Wie die weiteren Verstärkungen, die gesetzlich gesichert sind, durchgeführt werden, wird der Etat für 1913 ausweisen. Die Versicherung aber kann ich geben, daß für den Kriegsfall das Erforderliche in die Wege geleitet worden ist. (Lebhaftes allseitiges Bravo.)

Auf die Frage des Abg. **Göhre** (Soz.) wegen der Resolutionen über die Wohnungsreform erwidert Unterstaatssekretär **Richter:** Die Resolutionen sind vom Bundesrat dem Reichskanzler überwiesen worden. Die Beratungen sind auf Schwierigkeiten gestoßen hinsichtlich der Zuständigkeit zwischen Reich und Einzelstaaten. Jedoch bin ich nicht imstande zu sagen, ob noch in dieser Session ein Gesetzentwurf darüber vorgelegt werden kann.

Darauf folgt die Fortsetzung über die

Teuerungs-Interpellationen.

Abg. **Sieg** (natl.): Als praktischer Landwirt kann ich bestätigen, daß sich unsere Wirtschaftspolitik vorzüglich bewährt hat. Die Lebenshaltung der Arbeiter auf dem Lande hat sich ebenso gesteigert wie in den Städten. Hinsichtlich des verteuernden Zwischenhandels hat der Landwirtschaftsminister durchaus recht. Gegen eine Kommissionsberatung der Zollerleichterungs-Vorlage haben wir nichts einzuwenden.

Abg. Graf **Schwerin-Löwitz** (kons.): Was wir wünschen und brauchen, sind gleichmäßige Preise. Wenn wir uns auf die ausländische Fleischversorgung einlassen wollen, müssen wir wie England viele Millionen in den Bau von Kühlschiffen und Kühlhallen stecken und wir bedürfen einer besonderen Flotte, die die Fleischversorgung in Kriegszeiten sicher stellt. Für unsere Viehzucht ist es notwendig, daß sie vor dauernden Beunruhigungen geschützt wird. In fünf Jahren wird das Ziel erreicht sein, daß die deutsche Landwirtschaft den gesamten Fleischbedarf decken kann, zumal sie schon jetzt trotz der enormen Bevölkerungszunahme 95 Proz. produziert. Das Fleischbeschaugesetz bringt der Landwirtschaft nicht nur erhebliche Kosten, sondern auch sonstige Schädigungen. Unverständlich ist die Haltung der Stadt Berlin gegenüber dem Angebot der pommerschen Viehzuchtgenossenschaft. Bei der Annahme des Angebots würde die Bevölkerung besser fahren, als jetzt mit dem russischen Fleisch, dessen Quantität noch nicht einmal 4 Proz. des gesamten Fleischbedarfs der Stadt ausmacht. Unsere verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den § 33 der Geschäftsordnung bestehen fort. Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag eines Mißtrauensvotums ab. (Beifall.) Der Kommissionsberatung stimmen wir zu. (Bravo!)

Präsident Dr. **Kämpf** teilt mit, daß der ursprüngliche spezialisierte Antrag der Sozialdemokraten zurückgezogen und in folgender Fassung ersetzt worden ist: „Die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler entspricht nicht der Anschauung des Reichstags. Weiter beantragen die Sozialdemokraten, die Frage, ob auf Grund des § 33a der Geschäftsordnung Anträge zulässig sind, welche spezialisieren, nach welcher Richtung die Verhandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstags entspricht oder nicht, der verstärkten Geschäftsordnungskommission zur Beratung und baldigen Berichterstattung an das Plenum zu überweisen.

Staatssekretär **Delbrück:** Die wiederholten Debatten über die Fleischteuerung haben uns der Lösung des Problems nicht wesentlich näher gebracht. Wirksame Maßnahmen gegen die Teuerung sind aus der Debatte nicht hergeleitet worden. Der Grund, daß wir bei dem aufrichtigen Willen aller Beteiligten nicht zu einem neuen positiven Ergebnis kommen, liegt darin, daß die Erörterungen des Problems auf einer falschen Voraussetzung aufgebaut sind, daß von der Linken die Fleischnot als eine Folge unserer Zollpolitik betrachtet wird und daß daher die Debatte immer in einen wirtschaftlichen Kampf ausartet, wobei das Ziel aus dem Auge verloren wird. Mit dieser Wirtschaftspolitik haben wir unsere glänzende Entwicklung erreicht. Das Vermögen des deutschen Volkes ist bedeutend gewachsen und wir können eine Sozialpolitik treiben, wie sie so groß uns kein Staat der Welt nachmacht. Soll nun wirklich diese Wirtschaftspolitik die Schuld an der augenblicklichen Teuerung tragen? Das Wirtschaftsleben eines Landes wird beeinflußt durch die Vorgänge auf der ganzen Welt. Infolge der internationalen Entwicklung des Wirtschaftslebens wird auch die Preissteigerung hervorgerufen durch ähnliche Vorgänge in anderen Ländern. Das ist der wahre Grund für die jetzige Teuerung. Großbritannien, das klassische Land des Freihandels, ist nicht frei geblieben von bedeutenden Preissteigerungen, ebenso Dänemark, die Schweiz, Oesterreich-Ungarn usw. Diese internationalen Ursachen aus der Welt zu schaffen, sind wir nicht imstande, und wir brauchen uns darüber nicht in unfruchtbare Erörterungen einzulassen, unfruchtbar, weil dieser Reichstag keinen Zoll an unserer Wirtschaftspolitik ändern wird. (Zuruf links: Leider!) Man sollte deshalb es auch der Rechten dieses Hauses nicht so schwer machen, an der Lösung des Problems mitzuarbeiten, indem man fortwährend ihre Wirtschaftspolitik angreift. Wir bestreiten nicht, daß das Fleisch immer noch knapp ist. Um dieses Uebels Herr zu werden, müssen wir praktisch den Hebel ansetzen durch Vermehrung der Viehzucht, Verbesserung der Veterinär- und Seuchenpolizei, innere Kolonisation und Verbesserung des Futterbaues. Alles dieses ist aber Sache der Landesregierungen. Von heute auf morgen lassen sich solche Probleme nicht lösen. Die Enquetekommission wird versuchen, dem Problem praktisch beizukommen. In ihrer Zusammensetzung liegt für mich die Hoffnung, daß es ihr gelingen werde, praktische Arbeit zu leisten und Erfolge auf diesem wichtigen und uns allen am Herzen liegenden Gebiete zu erreichen. (Beifall rechts.)

Vizepräsident **Dove** teilt mit, daß über die sozialdemokratischen Interpellations-Anträge morgen namentlich abgestimmt werden wird.

Abg. **Gothein** (Fortschr. Vp.): Nicht nur die unteren Volksschichten, sondern auch weite Kreise des Mittelstandes werden von der Fleischnot betroffen. Der Landwirtschaftsminister trat demgegenüber als Prophet der Fleischabstinenz auf. Die Aufgabe der Städte liegt auf anderem Gebiete als auf dem der Teuerungsbekämpfung. Berlin verspricht sich von dem Angebot der Landwirtschaftskammer keine Verbilligung für die Bevölkerung. Die Futtermittelzölle und das Einfuhrsystem sind eine Versündigung gegenüber dem kleinen Landwirt und gegenüber den Konsumenten. Wir treiben einer Reihe von Fleischnotjahren entgegen und jede neue Fleischnot wird schlimmer als die vorhergehende. Die Schuld daran fällt auf die Regierung und auf die Parteien, die die jetzige Wirtschaftspolitik fortsetzen.

Abg. **Senda** (Pole): In dem Augenblick, wo die Minister ihre Arbeiterfreundlichkeit betonen, sind sie im Begriff, ein Dekret zu unterzeichnen, durch das Gutsbesitzer mit ihren Arbeiterfamilien von Haus und Hof vertrieben werden. Uns Polen wird es unmöglich gemacht, Kleingrundbesitz zu erwerben und dadurch an der Fleischversorgung mitzuwirken.

Abg. Dr. **Ricklin** (Els.): Im großen und ganzen sind wir mit der Antwort einverstanden, die der Herr Reichskanzler gegeben hat. Unsere Wirtschaftspolitik hat zweifellos einen erheblichen Aufschwung von Handel und Wandel verursacht.

Abg. **Gebhart** (Wirtsch. Ver.): Die Sozialdemokratie benutzt die Notlage des Volkes nur zur Agitation. Ihre Hetze ist landwirtschaftsfeindlich und volksfeindlich. Die Zollpolitik hat auch den Kleinbauern Erfolge gebracht. (Lärm und Widerspruch links.) An der bewährten Wirtschaftspolitik halten wir fest.

Abg. **Südekum** (Soz.):

Ich weise aufs schärfste die Behauptung zurück, Herr Scheidemann habe sich eine Beleidigung des deutschen Bauernstandes zu schulden kommen lassen. Die Sozialdemokraten haben keine Veranlassung, sich gegen diesen Vorwurf zu wehren. Sie haben stets die Interessen der Bauern nachdrücklich vertreten. (Große Heiterkeit.) Ein gegenteiliger Vorwurf kann nur dadurch entstehen, daß die Interessen der Bauernschaft mit den Interessen der Großgrundbesitzer verwechselt werden. Herr Staatssekretär Delbrück hat offen zugegeben, daß die Zollpolitik den Zweck gehabt hat, die Preise hochzuhalten. Früher hieß es immer, das Ausland trage den Zoll, jetzt sieht man, wie es damit steht. Herr Delbrück wiederholte die Behauptung, daß die Zollpolitik Bedingung für den wirtschaftlichen Fortschritt gewesen sei. Die Unternehmer haben Vorteile gehabt von der Wirtschaftspolitik, den Konsumenten geht es aber schlechter als früher. Deutschland ist nicht in der Lage, den Lebensmittelbedarf an Getreide und Vieh gleichzeitig zu decken. Was in Deutschland jetzt an Getreide mehr gebaut wird, wird lediglich auf Kosten der Viehhaltung gebaut, und schon vor zwei Jahrzehnten hat Professor v. d. Goltz, ein Agronom und Schutzzöllner, nachgewiesen, daß in Deutschland zuviel Getreide gebaut wird. Uebrigens will ich bei dieser Gelegenheit sagen, daß wir Sozialdemokraten uns durchaus nicht auf jeden Fall gegen den Schutzzoll eingeschworen haben, sondern wir sind nur verpflichtet, in die Regelung der Produktion und Konsumtion einzugreifen. Wie das geschieht, muß von Fall zu Fall erwogen werden. Das Hauptziel bei der ganzen Zollpolitik war eine Erhöhung der Grundrente und das haben die Herren erreicht und bedauern nur, daß sie es jetzt nicht wiederholen können. Nun ergreift die Regierung Maßnahmen, aber erst nachdem sie durch uns dazu gezwungen worden ist. Und was bringt sie für Maßnahmen? Weiter nichts als bloß sozialistische. Sie empfiehlt ein Zusammenarbeiten der Produzenten mit den Konsumenten. Sie hätte noch einen Schritt weitergehen können und hätte vor allem ein Zusammenarbeiten der Produzenten mit den Konsumvereinen empfehlen müssen. Die Städte sollen nun einen Teil der Aufgaben übernehmen, und im Gegensatz zum Vorjahre hat man das erfreulicherweise getan. Leider haben sie sich gewehrt gegen eine dauernde Erfüllung dieser Pflichten, und bei dem Städtetag hat nur ein Oberbürgermeister, Herr Dr. Schwander, anerkannt, daß die Städte dauernd die Pflicht hätten, die Nahrungsmittelversorgung zu regeln. Aber, wenn ich auch anerkenne, daß die Städte jetzt ihre Pflicht getan haben, so konnten doch auch sie nicht viel erreichen, weil die Regierungsmaßnahmen unzureichend sind, wie der frühere Schatzsekretär Wermuth ganz richtig gesagt hat; infolgedessen ist auch die Wirkung nur sehr gering. Das preußische Landwirtschaftsministerium ist das unsozialste aller unsozialen Ministerien. Wie ist es möglich, daß man der Stadt Hanau den Fleischbezug verwehrt hat?

In den kleineren Gemeinden geht das Gewerbe der Teuerung genau so um wie in den Großstädten. Die Gesamtheit der Industriearbeiter und des Mittelstandes leidet not ohne Rücksicht auf die Größe der Orte, in denen sie wohnen. Solange der § 12 des Fleischbeschaugesetzes besteht und solange wir keine Einfuhr von Gefrierfleisch haben, solange wird der Not des Volkes nicht abgeholfen werden. Der Reichskanzler hat gesagt (dem Sinne nach), er stehe und falle mit dem § 12. Dagegen hat der württembergische Minister Vischer die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der § 12 beseitigt werden könne. Er habe aber keine Möglichkeit, im Bundesrat dieser Ueberzeugung zur Durchführung zu verhelfen. (Hört! Hört!) Das nennen Sie die Blüte der deutschen Volkswirtschaft, wenn Teile des Volkes ihren Fleischbedarf durch den **Genuß von Hundfleisch decken müssen!** Das kaiserliche Gesundheitsamt hat sich seine Aufgabe sehr leicht gemacht. Auf Grund einer falschen Statistik behauptet es, von einer Unterernährung könne keine Rede sein. Wenn in einem Zimmer einer einen Fasan ißt und der andere trägt ihn auf, dann hat nach der Durchschnittsberechnung jeder einen halben Fasan gegessen. (Heiterkeit.) Es ist bedauerlich, daß der Präsident des Reichsgesundheitsamts die Fleischnot so aus der Welt zu manövrieren sucht. Es ist vom Reichsgesundheitsamt früher ausdrücklich festgestellt worden, daß eine bestimmte Menge Fleisch gebraucht wird, und wenn diese Menge nicht erreicht wird, liegt eine Schädigung der Gesundheit vor. Jetzt soll das auf einmal nicht mehr gelten. Die Schulärzte berichten überall über eine Unterernährung der Kinder. (Hört! Hört! links.) Das ist nicht darauf zurückzuführen, daß die minderbemittelte Bevölkerung ihre Kinder weniger liebt als die wohlhabende. Gewiß nicht, die Leute haben aber nicht die Mittel, ihre Kinder ausreichend ernähren zu können. Die Schäden der schlechten Wohnungen und der Unterernährung werden nicht ausgeglichen durch unsere soziale Versicherung. Es ist aber kein Zweifel, daß an den schädlichen Wohnungsverhältnissen und der mangelnden Ernährung die Kraft unseres Volkes zu Grunde gehen muß. Herr Sieg hat mit patriotischen Sätzen geschlossen und mit einem Ausblick. Der Ausblick der Masse besteht in der Hoffnung, daß sie aus eigener Kraft einmal in der Lage sein werde, die heutige Wirtschaftsordnung zu ändern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichsgesundheitsamtes **Burn:** Es ist ein Verdienst des Reichsgesundheitsamtes, hinsichtlich des Fleischkonsums möglichst zuverlässige Zahlen geschaffen zu haben. Ich bestreite, daß das Gesundheitsamt irgend einen absichtlichen oder auch nur leichtfertigen Fehler in der Statistik gemacht hat. Der schlechte Ernährungszustand der Schulkinder liegt vielfach in einer falschen Ernährungsweise. Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag betr. die Spezialisierung der Interpellationsanträge wird an die Geschäftsordnungskommission verwiesen. Die Vorlage über vorübergehende Zollerleichterungen bei der Zolleinfuhr wird an eine Kommission von 28 Mitgliedrn verwiesen. Es folgt die sozialdemokratische Interpellation betr. den Wagenmangel.

Staatssekretär **Delbrück** erklärt: Der Reichskanzler ist bereit, die Interpellation in der 2. Hälfte der nächsten Woche beantworten zu lassen. Debattenlos wird eine Reihe von Rechnungssachen erledigt.

Nächste Sitzung: Samstag vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Interpellationsantrag, Gesetz über den Zusammenstoß von Schiffen, Kindersaugflaschengesetz und Postscheckgesetz.

Schluß: ¾8 Uhr.

Soziale Rundschau.

x. **Achern,** 28. Nov. Sonntag, 8. Dez., nachm. ½4 Uhr, hält die Ortskrankenkasse ihre 20. Generalversammlung ab. Zur Beratung stehen folgende Punkte: 1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung für das laufende Jahr; 2. Ersatzwahl der Vertreter der Arbeitgeber; 3. Ersatzwahl der Vertreter der Arbeitnehmer; 4. Neuwahl der Vorstandsmitglieder; 5. Beschlußfassung über Zulassung der Kasse als gemeinsame Krankenkasse gemäß Artikel 15 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung; 6. Bericht über die Hauptversammlung der freien Vereinigung bad. Krankenkassen in Bruchsal; 7. Besprechung über sonstige Angelegenheiten der Kasse, sowie Entgegennahme von Wünschen und Anträgen. Bis längstens Montag, 2. Dez., müssen etwaige Anträge schriftlich beim Vorstande eingereicht sein. Die Versammlung findet im kleinen Ochsensaale statt.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 30. Nov.

Was haben die Karlsruher Umlagezahler zu der projektierten Verschacherung der Straßenbahn zu sagen?

I.

A. W. Die Veröffentlichung der Denkschrift des Herrn Oberbürgermeisters Siegrist und der Gegenschrift des Herrn Stadtrats Dr. Dietz gibt nun der breiten Oeffentlichkeit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Nun endlich — es hat ja wirklich sehr lange gedauert — haben auch die Umlagezahler, neben dem Recht, die Möglichkeit, etwas mitzureden.

Innerhalb der einzelnen Bürgerausschußfraktionen ist ja die Frage bereits erörtert worden. Noch aber verlautet nichts von der Stellungnahme der Fraktionen, was der Vermutung Raum gibt, daß — abgesehen von der sozialdemokratischen Fraktion — auch innerhalb der Fraktionen noch keine Einmütigkeit besteht. Geschlossen gegen das Projekt des Herrn Oberbürgermeisters wird nur die sozialdemokratische Fraktion stehen. Sie kann und wird sich niemals dazu hergeben, einen Kommunalbetrieb aufzugeben, der der Allgemeinheit dient, um ihn mehr oder weniger unter den Einfluß von Gesellschaftsbildungen zu bringen, in denen das Privatkapital herrscht und bei denen der Einfluß der Bürgerschaft gleich Null ist.

Man muß fragen, was ist denn seit 1903 passiert, um bei der obersten Spitze der Karlsruher Stadtverwaltung einen solchen Wechsel der Anschauungen herbeizuführen, daß man nach neun Jahren kommunaler Verwaltung der Straßenbahn diese abschütteln und einer Gesellschaft überliefern will? Der verstorbene Oberbürgermeister Schnetzler hatte eingesehen, daß die Zustände unseres städtischen Verkehrswesens bei der früheren Straßenbahngesellschaft unhaltbare geworden waren, er hatte begriffen, daß die Stadtverwaltung seinerzeit mit der Neukonzessionierung der Straßenbahngesellschaft einen sehr schweren Fehler gemacht hatte. Er war bestrebt, zu retten, was noch zu retten war und so kam man vor neun Jahren zu der Verstadtlichung der Straßenbahn. Mit 5 860 000 M. wurde das Unternehmen von der Stadt angekauft, ein schweres Opfer für die Umlagezahler!

Inzwischen sind noch über zwei weitere Millionen in die Straßenbahn gesteckt worden, die Belastung der Stadt und der Umlagezahler wurde noch vergrößert und nun, nachdem diese horrenden Opfer gebracht sind, will der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe vom Jahre 1912 die Straßenbahn an eine Gesellschaft verhandeln, in der die Stadtverwaltung wenig, die Umlagezahler gar keinen Einfluß haben.

Dazu dürfen die Umlagezahler nicht schweigen! Sie müssen mit aller Deutlichkeit der Leitung unserer Stadtverwaltung zu verstehen geben, daß man von ihr etwas anderes als eine Bankerotterklärung der hiesigen Kommunalverwaltung in der für die Entwicklung unsers Gemeinwesens so ungemein wichtigen Frage des Verkehrswesens erwartet hätte. Und etwas anderes als eine Bankerotterklärung der hiesigen kommunalen Verwaltung kann man beim besten Willen in dem Projekt des Oberbürgermeisters nicht finden. Wäre es wahr, was der Herr Oberbürgermeister und die Freunde seines Projekts behaupten, daß nämlich die kommunale Verwaltung für derartige Unternehmungen unpraktisch sei, so durfte man gar nie erst eine Straßenbahn erwerben.

Man behauptet, daß das Verkehrswesen mehr von kaufmännischem Geist geleitet sein müsse. Ja, wer hindert denn die Kommune, in ihren Unternehmungen kaufmännischen Geist walten zu lassen? Wohl pfeifens in Karlsruhe die Spatzen von den Dächern, daß die Verwaltung der hiesigen Straßenbahn all und jedes kaufmännische Talent vermissen läßt. Aber muß denn das so sein, kann es denn bei einer kommunalen Verwaltung nicht auch anders sein?

Freilich, wenn der Direktor eines Verkehrswesens, der der Entwicklung bedarf, seine Zeit und sein Denkvermögen dazu verbraucht, um nachzusinnen, wie man das Personal schuhriegelt, dann bleibt keine Zeit und kein Hirnschmalz mehr übrig für das Nachdenken darüber, wie das Verkehrswesen in großzügiger Weise aus- und umgestaltet werden kann und muß. Die Karlsruher kommunale Verwaltung der Straßenbahn hat sich allerdings bisher kein gutes Zeugnis ausgestellt, das muß mit Bedauern auch der Anhänger der kommunalen Regie zugeben. Aber wie schon gesagt, das ist kein Muß. Wenn die leitenden Personen ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, dann muß man eben mit der nötigen Energie vorgehen und das tun, was in solchem Falle in jedem Unternehmen geschieht, das

kaufmännischen Geist geleitet ist. Schon der Umstand, daß nicht der Direktor der städtischen Straßenbahn, sondern der Oberbürgermeister das Projekt der Vergesellschaftung der Straßenbahn ausgearbeitet hat, gibt einen Beweis dafür, daß die Leitung unserer hiesigen städtischen Straßenbahn nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe steht.

Achtung, Genossen der Weststadt.

Morgen früh 8 Uhr: Zusammenkunft in der „Palme", von wo die Laufzettel für die öffentliche Versammlung am Montag abend ausgetragen werden. Es wird erwartet, daß sich die Genossen vollzählig einfinden, damit die Arbeit glatt von statten geht.

Daxlanden.

Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet im Saale zum „Karlsruher Hof" eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Landtagsabgg. Willi und Schwall über die Tätigkeit unserer Fraktion im Landtag sprechen werden. Abends 7 Uhr findet eine solche Versammlung in der Wirtschaft zur „Lokalbahn" in Grünwinkel statt. Hierzu sind die gesamten Einwohner beider Orte freundlichst eingeladen.

Mord und Selbstmord.

Kaum hat sich die Erregung über die am Mittwoch abend von dem Taglöhner Masset verübte Mordtat etwas gelegt, da durcheilte gestern abend schon wieder die Nachricht die Stadt, daß abermals ein Mord und ein Selbstmord begangen worden sei. Es wird hierüber folgendes gemeldet:

Gestern abend ¾11 Uhr bestiegen am Droschkenhalteplatz vor dem Rathaus der 20 Jahre alte Zigarettenmacher Karl Sommer von hier und die zirka 18 Jahre alte Grethe Scherer aus Biel (Schweiz) eine Autodroschke, fuhren bis kurz vor Mandel, von dort nach Knielingen und dann hierher zurück. Während der Fahrt auf der Kaiserstraße bei der Kronenstraße hörte der Chauffeur zweimal knallen. Er hielt mit dem Wagen, weil er glaubte, es sei ein Reifen geplatzt. Als er jedoch um den Wagen herumlief und Pulvergeruch wahrnahm, öffnete er die Wagentüre und sah, daß die beiden Fahrgäste Schußwunden im Kopfe hatten. Er verbrachte sie sofort nach der Polizeiwache im Amthaus. Beim Eintreffen dort war Sommer bereits gestorben, während die Scherer noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Bald darauf verschied sie ebenfalls. Aus einem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß beide aus Liebe aus dem Leben schieden. Anscheinend hat Sommer zuerst die Scherer und dann sich selbst erschossen.

Achtung, Parteigenossen von Mühlburg!

Heute Abend **halb 9 Uhr** findet im Gasthaus „Zum Hirsch" eine

Öffentl. Volksversammlung

statt. In derselben wird Landtagsabgeordneter **Albert Willi** über:

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im badischen Landtag

sprechen.

Symphonie-Konzert in der Festhalle. Der allgemeine Kartenvorverkauf für das Symphonie-Konzert der Leibgrenadierkapelle in der Festhalle am nächsten Mittwoch beginnt morgen Sonntag bei den Hofmusikalienhandlungen Friedrich Doert, Hugo Kuntz Nachf., Inhaber Kurt Neufeld, bei der Musikalienhandlung Fritz Müller und beim Kiosk des Verkehrsvereins am Hotel „Germania". Das Konzert wird diesmal, geäußerten Wünschen entsprechend, erst um 8½ Uhr beginnen. Das Programm verspricht einen hohen Kunstgenuß. Im Vorverkauf ist der Preis der Eintrittskarten ermäßigt (80 Pf. für nummerierten Platz, 40 Pf. für nichtnummerierten); an der Abendkasse kosten die Karten 1 Mk. und 50 Pf.

Arbeiterdiskussionsklub. Am Sonntag, 1. Dez., vorm. ½10 Uhr, findet eine Führung durch die Ferdinand Keller-Ausstellung im Kunstverein, Waldstraße 3, statt. Die Führung hat Galerieinspektor Dr. Kölitz gütigst übernommen. Eintritt 10 Pf. Auch Nichtmitglieder (Arbeiter und ihnen sozial Gleichgestellte) können an der Veranstaltung teilnehmen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der bekannte Hofkünstler Bellachini wird von morgen ab im großen Saale der „Eintracht" eine Reihe seiner sensationellen Soireen veranstalten. Morgen mittag um 4 Uhr findet eine große Kinder- und Familienvorstellung zu kleinen Preisen statt.

Fußball. Am Sonntag treten sich im Retourspiel der Verein für Bewegungsspiele Stuttgart und K.F.V. Phönix auf dem Platz an der Rheintalbahn gegenüber. Es steht ein äußerst interessanter Kampf bevor und werden die Zuschauer sicherlich auf ihre Rechnung kommen. Das Spiel beginnt um ½3 Uhr.

Im „Kolosseum" wird sich heute „Meths" Bauerntheater aus Schliersee mit dem bayerischen Volksstück „Der Musterhof" verabschieden. Morgen Sonntag, 1. Dezember, beginnt ein Varieteprogramm mit zwei Vostellungen: nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr. Aus dem Programm sei besonders hervorgehoben „General Zackaree Ernakev" mit seiner einzig dastehenden Vorführung der verschiedenen Methoden der Anwendung tartarischer Kriegswaffen. Auch „Jean Clermont" mit seinem Jahrmarktsrummel dürfte die Anziehungskraft auf das Publikum ausüben. Ebenso dürfte die türkische Truppe „Edn Mustava" zu den hervorragenden Nummern des sehr abwechslungsreichen Dezemberprogramms zählen.

Letzte Nachrichten.

Eine Regierungserklärung zum Muggensturmer Schulfall.

Karlsruhe, 29. Nov. In der „Karlsruher Zeitung" wird halbamtlich geschrieben: Nachdem die Interpellation betr. die Erteilung des Religionsunterrichts durch die Lehrer in der 108. Sitzung der Zweiten Kammer zurückgezogen worden ist, hat sich das Unterrichtsministerium entschlossen, seinen Standpunkt in dieser Frage in der folgenden Erklärung darzulegen. Die grundsätzliche Stellung der Unterrichtsverwaltung gegenüber den Lehrern, denen durch die kirchlichen Behörden die Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichts nicht erteilt oder nachträglich entzogen wird, ist durch die Bestimmungen des Schulgesetzes gegeben. Der Religionsunterricht ist nach § 35 des Schulgesetzes ein obligatorisches Fach der Volksschule; er wird nach § 12 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine betr. und § 40 Abs. 2 des Schulgesetzes nicht vom Staate, sondern von den Kirchen und Religionsgemeinschaften, d. i. von den beiden christlichen Kirchen und der ihnen in dieser Beziehung gesetzlich gleichgestellten israelitischen Religionsgemeinschaft, für ihre Angehörigen besorgt und überwacht.

Der Staat erleichtert aber den Kirchen die Durchführung des Religionsunterrichts dadurch, daß er ihnen zur Unterstützung der Geistlichen bei Erteilung des Religionsunterrichts die Lehrer bis zu je 6 Stunden wöchentlich zur Verfügung stellt. Wie nun in dem halbamtlichen Artikel weiter ausgeführt wird, ergibt sich aus den gesetzlichen Grundlagen, daß Lehrer, die weder einer der beiden christlichen Kirchen, noch der israelitischen Religionsgemeinschaft angehören, nach den gesetzlichen Bestimmungen an der Volksschule nur schwer und vereinzelt verwendet werden können. Die Unterrichtsverwaltung habe deshalb bisher grundsätzlich daran festgehalten, in die Lehrerseminare nur solche junge Leute aufzunehmen, die einer der beiden christlichen Kirchen oder der israelitischen Religionsgemeinschaft angehören.

Hinsichtlich derjenigen Volksschullehrer, denen die Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichts von den Kirchenbehörden nachträglich entzogen worden ist, hat die Unterrichtsverwaltung stets aufgrund eigener Prüfungen des Falles Entschließung getroffen, ob der Lehrer gleichwohl auf seiner Stelle verbleiben könne, und ob deshalb die Erteilung des gesamten Religionsunterrichts dem Geistlichen zu überlassen sei. Wird, so heißt es in den Schlußausführungen der „Karlsr. Ztg.", einem Schulgehilfen seitens der Kirchenbehörde nachträglich die Befugnis zur Erteilung des Religionsunterrichts entzogen, so kann er an sich ohne weiteres Verfahren außer Dienst gesetzt werden. Das Ministerium wird aber auch in solchen Fällen eine genaue Prüfung der Gründe der Entziehung der Befugnis zur Erteilung des Religionsunterrichts eintreten lassen und besorgt sein, daß Härten vermieden werden. Immerhin muß bedacht werden, daß ein Schulgehilfe, der nicht mehr berechtigt ist, das obligatorische Fach des Religionsunterrichts zu erteilen, im Volksschuldienste so schwer verwendbar ist, daß er gut daran tut, sich so zeitig als möglich der Ausbildung als Fachlehrer zuzuwenden, da er als solcher Religionsunterricht nicht zu erteilen hat.

Die Nachwahlen in Württemberg.

Stuttgart, 29. Nov. Bei dem heutigen Wahlgang zur Landtagswahl standen 24 Mandate zur Entscheidung. Es erhielten: die Volkspartei 8, Konservative und Bauernbund 6, die Nationalliberalen 5, die Sozialdemokratie 3 und das Zentrum 2 Mandate. Insgesamt sind bis jetzt gewählt: 21 Zentrum, 17 Konservative und Bauernbund, 15 Volkspartei, 13 Sozialdemokraten und 9 Nationalliberale.

Gewinn- und Verlustliste vom 29. November.

Die **Sozialdemokratie hat gewonnen:** Heidenheim und Schorndorf vom Bund der Landwirte; verloren: Göppingen und Neuenbürg an die Deutsche Partei. **Gewinn: 2, Verlust: 2.**

Die Volkspartei hat gewonnen: Ludwigsburg-Stadt von parteilos; verloren: Backnang, Kirchheim und Waiblingen an den Bund der Landwirte, Besigheim an die Deutsche Partei. Gewinn: 1, Verlust: 4.

Die Deutsche Partei hat gewonnen: Göppingen und Neuenbürg von der Sozialdemokratie, Besigheim von der Volkspartei und Geislingen vom Zentrum; verloren: Brackenheim und Künzelsau an den Bund der Landwirte. Gewinn: 4, Verlust 2.

Das Zentrum hat gewonnen: Neckarsulm vom Bund der Landwirte; verloren: Geislingen an die Deutsche Partei. Gewinn 1, Verlust 1.

Der Bund der Landwirte hat gewonnen: Backnang, Kirchheim und Waiblingen von der Volkspartei, Brackenheim und Künzelsau von der Deutschen Partei; verloren: Neckarsulm an das Zentrum, Heidenheim und Schorndorf an die Sozialdemokratie. Gewinn 5: Verlust: 3.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Warmes Frühstück für bedürftige Schulkinder** wird dieses Jahr erstmals verabreicht und zwar in der Zeit vom 1. Dezember bis 15. Februar. Es kommen zirka 80 Kinder diesesmal in Betracht. Der Gemeinderat hat dabei bestimmte Grundsätze aufgestellt. Zunächst ist der Unterstützungswohnsitz der Eltern am Ort Voraussetzung. Darnach erhalten warmes Frühstück die Kinder von Witwen ohne weiteres, dann die Kinder solcher Eltern, wo mindestens 4 Kinder unter 14 Jahren vorhanden sind und das Einkommen nicht mehr als 1600 Mk. beträgt. Die gezogenen Grenzen sind zwar ziemlich enge. Doch steht zu hoffen, daß diese Einrichtung, wenn erst eingelebt, sukzesive erweitert werden kann.

Bruchsal.

— **Achtung! Wir machen auch an dieser Stelle auf die am Sonntag nachmittag 3 Uhr im „Fortuna"-Saale stattfindende Wählerversammlung aufmerksam. Landtagsabgeordneter W. Kolb wird über die Bürgerausschußwahlen sprechen. Kein Wähler sollte in dieser Versammlung fehlen.**

— **Weihnachtsmark.** Wie an andern Orten wird auch hier ein sogen. Weihnachtsmarkt abgehalten. Derselbe findet in der Gewerbehalle statt. Mögen die Wünsche der Geschäftsleute in Erfüllung gehen und die Bruchsaler Bürgerschaft ihren Bedarf auf Platze decken. Die Messe beginnt Samstag, den 30. ds. Mts. und ist täglich geöffnet (Werktags von 10—8 Uhr und Sonntags von 11—7 Uhr).

Baden-Baden.

— **Sozialdemokratischer Verein.** Am Montag, 2. Dez., findet eine Parteiversammlung mit Vortrag des Gen. Oskar Rupp über: „Menschen und Tiergesellschaften", ein Kapitel aus dem hist. Materialismus von Marx, statt. Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Volksfreundleser und Freunde unserer Sache sind willkommen.

— **Konzert.** Am Sonntag, 1. Dez., abends ½9 Uhr, veranstaltet die Stadt-Kapelle Achern in Sinners Saalbau ein Konzert, bei welchem Herr P. Walther (Piston) vom städt. Orchester hier als Solist mitwirken wird. Das Programm ist sehr reichhaltig und geschmackvoll, sodaß jeder auf seine Rechnung kommen dürfte. Die Kapelle hat unter der Leitung ihres tüchtigen Dirigenten Herrn G. Rapp bisher die besten Erfolge zu verzeichnen. Sie wurde u. a. auch auf verschiedenen badischen Musikfesten mit ersten Preisen ausgezeichnet. Der Besuch des Konzertes kann deshalb jedermann empfohlen werden. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf.

Offenburg.

— **Sozialdemokratischer Verein.** Auf die heute Samstag abend stattfindende Versammlung wollen wir die Mitglieder und Gewerkschaftler mit dem Ersuchen zahlreich zu erscheinen nochmals aufmerksam machen.

* **Krankenversicherung.** Die Regierung hat für den Bezirk Offenburg eine Dritteilung der Krankenversicherung vorgeschlagen und zwar eine Krankenkasse für den Amtsgerichtsbezirk Gengenbach, eine für Offenburg-Stadt und eine für Offenburg-Land. Der Vorstand der Ortskrankenkasse Offenburg beschloß mit Mehrheit eine Zentralisation mit dem Landbezirk abzulehnen und zwar in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Vorstandes.

* **Besitzwechsel.** In Oberharmersbach wurde das Gasthaus zum „Bären" in der Zwangsversteigerung von Schreinermeister Riehle von Nordrach für 38 992 Mk. erworben. Der bisherige Besitzer hatte es für 48 000 Mk. und die Schulden übernommen.

* **Wo ist die Bauaufsicht?** Wie ungenügend die Bauaufsicht gehandhabt wird, dafür spricht die bedauerliche Vermehrung der Unglücksfälle. Im vorigen Monat fiel bekanntlich ein 70jähriger Maurer beim Dachdecken vom Dache des Neveuschen Hauses in Offenburg. Jetzt liegt ein Zimmermann aus Schutterwald im städtischen Krankenhaus, der in der vorigen Woche von einem Neubau herabstürzte. „Das ist der zweite Fall in hiesiger Gemeinde seit kurzer Zeit", bemerkt der Schutterwälder Berichterstatter der „Offenb. Ztg.", ohne auch nur ein Wort zugunsten des Bauarbeiterschutzes zu wagen. Dieses Zentrumsblatt hat bekanntlich den Todessturz des 70jährigen Maurers damit erklärt, daß der Greis „mit Vorliebe" zur Dachdeckerei sich verwenden ließ.

L. **Der Gaseinheitspreis in Offenburg.** Die Gaswerkskommission hat beim Stadtrat den Antrag gestellt, statt der bisherigen Preise (Leuchtgas 20, Koch- oder Motorgas 14 Pf.) einen Einheitspreis einzuführen. Derselbe soll pro Kubikmeter 15 Pf. betragen. Der Stadtrat hat bereits diesem Antrag zugestimmt, ob auch der Bürgerausschuß sich auf diesen Standpunkt stellt, ist mindestens zu bezweifeln, denn den Vorteil von dieser Aenderung würden nur diejenigen haben, die viel Gaslicht brauchen, wie aus den folgenden Tatsachen zu ersehen sein wird.

Nehmen wir den Voranschlag für das laufende Jahr zur Hand, so finden wir dort, daß zum Verkaufe bestimmt sind: 300 000 Kubikmeter Leuchtgas zu 20 Pf. pro Kubikmeter und 520 000 Kubikmeter Kochgas zu 14 Pf. pro Kubikmeter. Es würden somit diejenigen Abonnenten, welche vorwiegend Leuchtgas konsumieren, und das sind größtenteils die besser Bemittelten, etwa 300 000×5 Pf., also 13000 Mark weniger zu zahlen haben, wenn vom Bürgerausschuß der neue Einheitspreis angenommen würde. Demgegenüber müßten die Kochgasabnehmer, und das sind, wenigstens zum größten Teil, kleine Leute und Arbeiter, für die andern 520 000 Kubikmeter 5200 Mark mehr zahlen. Wir nehmen an, daß die geplante Aenderung beantragt wurde, um den Gaskonsum zu heben und die Verrechnung zu vereinfachen. Das kann aber in ausgiebigem Maße nur erreicht werden, wenn auch die kleinen Leute zu billigem Gas kommen können. Durch einen billigen Einheitspreis wäre in erster Linie zu bezwecken, daß sich alle Einwohner, auch die weniger bemittelten, zum Gaskonsum entschließen würden, damit sie auch der Vorteile des Gasglühlichts teilhaftig würden. Die Bezieher der 520 000 Kubikmeter Kochgas brennen zum allergrößten Teil noch kein Leuchtgas, sondern benützen immer noch die alten Petroleumlampen, angeblich aus Sparsamkeitsrücksichten. Wir geben zu, daß dieser Standpunkt ein verfehlter ist, denn wenn man genau Rechnung führen würde, käme man zu dem Resultat, daß das Gas ebenso billig ist wie das Petroleum. Wie es nach der etwaigen Einführung des Petroleummonopols wird, kann man noch nicht bestimmt vorhersagen, jedoch billiger als Gas wird Petroleum auf keinen Fall mehr. Aber gerade deshalb müßte die Stadtverwaltung darauf bedacht sein, den Konsum für die kleinen Leute zu verbilligen, bezw. den Einheitspreis niedriger zu stellen, denn durch Hebung des Konsums würde ein etwaiger Ausfall reichlich wieder gedeckt. Wenn in allen Haushaltungen, wo jetzt nur Kochgas konsumiert wird, die Petroleumlampen entfernt würden und Leuchtgas dafür gebrannt, so würde der Gaskonsum ohne Zweifel ganz bedeutend in die Höhe gehen. Daß aber bei dem projektierten Einheitspreis die gewünschte Zunahme des Konsums nicht eintreten wird, ist sicher anzunehmen, da gerade diese Volksschichten unter der gegenwärtigen enormen Teuerung am meisten zu leiden haben. Umsomehr wäre es am Platze, daß ein Gemeinwesen, wie die Stadt Offenburg und gerade in dieser kritischen Zeit den Minderbemittelten in erster Reihe etwas entgegenkäme, zum eigenen Vorteil. Wenn die Stadt den Einheitspreis so billig wie möglich stellen, Lampen zum Selbstkostenpreis liefern, Installationen usw. auf eine bestimmte Zeit einrichten würde, wäre sicher eine gewaltige Steigerung des Konsums und damit der Einnahmen zu verzeichnen.

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die Erhebung von Gebühren für Gasuhren hingewiesen. Wer empfindet nicht auch dabei eine ungerechte Belastung? Auch diese Gepflogenheit empfehlen wir einer durchgreifenden Aenderung, denn auch hier sollte das Gesetz gelten, welches verlangt, daß der Verkäufer Maß und Gewicht zu stellen verpflichtet ist.

Hoffen wir also von der Vertretung der Bürgerschaft, dem Bürgerausschuß, daß in dieser Frage etwas zustande kommt, was im Interesse der Gesamtheit liegt.

Ittersbach, 30. Nov. Heute nacht gegen 1 Uhr brannte das Wirtschaftsanwesen zum „Löwen" vollständig nieder. Das Anwesen soll versichert sein.

Der Balkan-Krieg.

Neue Kämpfe.

Belgrad, 29. Nov. Gestern früh ist die serbische Armee nach erbittertem Kampfe gegen einige türkische Detachements, die nach der Schlacht bei Monastir zersprengt worden waren, in Dibra eingerückt. Gegen das Meer hin war keinerlei Widerstand mehr anzutreffen. In Monastir wurden 66 Kanonen, große Mengen Munition, Magazine mit Lebensmitteln und Kleidung erbeutet. Gestern haben sich in Resna und Ochrida 2 Bataillone mit ihren Offizieren ergeben. In Monastir sind gestern 160 Verwundete angekommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Zu den Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 29. Nov. Wie „Ikdam" erfährt, haben die türkischen Botschafter in London, Paris und Petersburg der Pforte die Ratschläge des englischen, des französischen und des russischen Ministers des Aeußern überreicht. Diese Ratschläge gehen dahin, das Interesse der Pforte erfordere einen schnellen Abschluß des Friedens. Wenn der Krieg fortgesetzt würde und unter den Mächten Konflikte entständen, würden diese nicht zum Vorteil der Türkei auslaufen. Die Mächte der Trippelentente hätten auch den Balkanländern geraten, Frieden zu schließen, ohne auf übertriebenen Forderungen zu bestehen, da die Türkei den Frieden nur unter Wahrung ihres militärischen Prestigs und der nationalen Interessen wünsche. Viel bemerkt wurde hier, daß der frühere Führer der „Entente Liberale", Damad Hilmi Pascha, der als Freund Englands bekannt ist, nach seiner gestrigen Konferenz mit dem Großwesir die Botschafter Frankreichs und Englands besuchte und danach dem Großwesir von den Ergebnissen seiner Unterredungen Bericht erstattete.

Mahnung zur Besonnenheit.

Belgrad, 29. Nov. Samu Prawa fordert die serbische Presse auf, die serbischen Interessen nicht durch eine herausfordernde Schreibweise zu schädigen. Die Balkanstaaten hätten unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Ursache, die auf der Tagesordnung stehenden Fragen zu komplizieren. Die Interessen der Balkanvölker erfordern, daß ihre Bestrebungen durch sachliche Argumente unterstützt werden. Zu den letzteren gehören indessen keineswegs unsinnige Drohungen und Herausforderungen.

Von der Firma Paul Burchard liegt unserer heutigen Nummer für Durlach und Umgebung ein Prospekt bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen. 3596

Von Sonntag, den 1. Dezember ab

Großer Weihnachts-Verkauf

mit hervorragenden Sonder-Angeboten in allen Abteilungen. 3577

Sonntags von 11–7 Uhr geöffnet

W. Boländer Kaiserstr. 121

Arbeiter-Bildungs-Verein. E. V.

Montag, den 2. Dezember, abends halb 9 Uhr, im Saale unseres Hauses, Wilhelmstraße 14

Vortrag mit Lichtbildern,

des Herrn Stadtpfarrer **Fr. Hindenlang:**

„Der Maler Anselm Feuerbach",

verbunden mit einer kleinen Ausstellung von Künstlerdrucken Feuerbachscher Werke (veranstaltet von Herrn Kunsthändler **Gerh. Onken**). 3588

Der Besuch ist unentgeltlich. Gäste sind willkommen. Wir laden ergebenst ein.

Der Vorstand.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Sonntag den 1. Dezember, vormittag halb 10 Uhr, im **Kunstverein**, Waldstraße 3

Führung durch die Ferdinand Keller-Ausstellung

Führer: Herr Galerieinspektor Dr. **Kölitz.**

Eintritt 10 Pfg.; Nichtmitglieder aus dem Arbeiterstande als Teilnehmer willkommen.

3589 **Der Vorstand.**

LUXEUM

gegenüber der Hauptpost.

Elite-Programm vom 30. Nov. bis inkl. 3. Dez

1. 2. 3. **Teuer erkaufte Liebe.**
Sensations-Drama in 3 Akten.

Dieses Stück aus dem modernen Leben, in den Hauptrollen von hervorragenden Künstlern erster Pariser Bühnen gespielt, gewährt einen tiefen Einblick in das Wesen einer Gesellschaft, die unter äusserem Glanz und Flimmer ihre innere Hohlheit und Fäulnis verbirgt und es zeigt, wie ein liebendes Weib zu kämpfen und zu ringen hat, um unter schweren Opfern den Mann ihres Herzens, einen gutmütigen, aber schwachen Charakter, aus diesem verderblichen Milieu herauszureissen und zu einem ernst. inhaltsreich. Dasein emporzuführen.

4. **Jongleur aus Liebe.** Komisch.
5. **Eine mod. Porzellanmanufaktur.** Interess.
6. **Vor der Gefahr.** Spannendes Drama.
7. **Der Frauenhasser.** Humorvoll.
8. **Pathe Journal.** Neuester kinematographischer Wochenbericht aus aller Welt. 3592

Einlage:

9. 10. **Die Dame am Schalter.** Nach einer Komödie von Alfred Capus in 2 Akten.

Ortskrankenkasse Bruchsal.

Die statutengemäße ordentliche

General-Versammlung

findet Mitte Dezember 1912 in der Aula des neuen Mädchenschulhauses statt.

Etwa hiezu zu stellende Anträge sind gemäß § 51 des Statuts innerhalb **8 Tagen** beim Kassenvorstand schriftlich einzureichen.

Bruchsal, den 30. November 1912. 3590

Der Vorstand.

Praktische **Weihnachts-Geschenke:**

Oefen, Gasherde, Grudeöfen, Kochherde, emailliert u. lackiert, Waschmaschinen, Wringmaschinen, Waschwangen, verzinkte Wasch- u. Spülwannen, Wassereimer, Ascheeimer, Ofenschirme, Ofenvorsetzer, Kohlenbehälter, Fülleimer und sonstige Feuergeräte, Fleischhackmaschinen, Mandelreibmaschinen, Nudelschneidmaschinen Eismaschinen, Buttermaschinen, Kaffeemühlen, Messingpfannen, Bügeleisen, Küchen- u. Tafelwagen, Wärmeflaschen, Bestecke, Kochgeschirre in Emaille, Nickel und Aluminium, extra stark, Lampen, Glas-, Porzellan-, Kaffee-, Tee- u. Eßservice, Spielwaren,

empfiehlt 3586

E. Marx,

Herd-, Ofen-, Küchen- u. Haushaltungsgeschäft

Luisenstraße 45.

— Fernruf 3086. —

Bucherer

empfiehlt in seinen sämtlichen Filialen einen guten kräftigen

Weißwein

(Panades) 3594
Literfl. **70** Pfg.
Flaschenpfand 15 Pfg.

Weißwein Frankweiler

Literfl. **90** Pfg.
Flaschenpfand 15 Pfg.

Rotwein

(Portugieser)
Literfl. **70** Pfg.
Flaschenpfand 15 Pfg.

französischen Bordeaux

(Chateau Beaulieu)
Fl. m. Glas **1** Mk.
unter Garantie f. naturreine Produkte

Kinderwagen wenig gebr., sehr billig abzugeben **Göthestraße 32,** 3. Stock links.

Brettener Bauern-Brot

per Laib **38** ₰
empfiehlt 3595

Bucherer

in sämtlichen Filialen.
Neu eröffnet:
Kronenstraße 10
Rudolfstraße 1.

K. Bergmann, Dentist

15 Jahre 1. Techniker bei Hofzahnarzt Scholtz-Karlsruhe

Zirkel 28 III. 1784

Atelier für Zahnersatz und Zahnheilkunde

Schonendste Behandlung. Billige Preise.

Schillerstr. 22 | Ecke Goethestr.

Das Metropol-Theater-Programm

von Samstag, 30. Nov. bis einschl. Montag, 2. Dez bringt nur Konventionsfilms (d. h. Films der besten Künstler und unübertroffener Photographie).

Wochenschau. Neueste Ereignisse.

In der Scheune.
Spann. Sensationsdrama. Ort d. Handl. ist Südfrankreich

Die verräterische Bank. Dieses Bild von hinreissender Komik stellt ein kleines Liebesabenteuer des Strohwitwers Kulike dar, während sich seine Frau auf Sommerurlaub befindet.

Unter der Maske.

Spannendes Drama aus dem Leben in 3 Akten.

Hauptdarstellerin dieses Meisterwerkes ist:

MISS SAHARET

Narni. Interessante Naturaufnahme.
Max hat eine Braut gefunden. Hochkomisch.
Die Entführung. Ein sehr spannendes Drama. Prachtvoll koloriert. 3593

Werktags ermässigte Preise:

Loge 80 ₰, I. Platz 60 ₰, II. Platz 40 ₰, III. Platz 20 ₰.
Vereine und Gesellschaften haben Preissermässigung.

Haltestelle der Strassenbahnlinie „Kühler Krug".

Puppenklinik Südstadt

Nur prima Ware und Arbeit.

Puppen, gekleidet und ungekleidet, Reparaturen tadellos und sehr billig, sämtliche Ersatzteile, sowie Schuhe und Strümpfe Perücken, künstl. sowie echte Haarperücken, auch werden solche von ausgekämmten Haaren geschmackvoll zu jeder gewünschten Frisur angefertigt. 3591

Damenfrisiersalon **Zierreth** Luisenstr. 36

Haarketten, prima Beschläg, von 10 Mk. an.

Puppenwagen gut erhalt., für M. 3.50 zu verkaufen. **Morgenstr. 9,** 4. Stock links.

Gänselebern 1930
werden fortwährend angekauft **Geibelstr. 6,** 4. St., Mühlburg.

Ich **kaufe** und **verkaufe** fortwährend getragene **Herren- u. Damenkleider, Schuhe** und **Stiefel,** aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 16

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.

Herren-Anzüge 1931
nach Maß werden unter Garantie für guten Sitz, ein Sakko-Anzug **15 Mk.**, ein Ueberzieher **12 Mk.** angefertigt. Auch sind Stoffe in jeder Preislage zu haben bei

Georg Werle,
Schneidermeister, Hagsfeld.

Stuhlflechterei
K. Lauinger, Marienstr. 75, 4.

Schaukelpferd gut erhalten, zu kaufen gesucht. **Morgenstr. 8,** II., l.

Verein von Vogelfreunden Karlsruhe.

(Ältester und größter Verein mit rund 200 Mitgliedern).

Großer

Kanarienmarkt

am Samstag den 30. November und Sonntag den 1. Dezember ds. Js., in den Nebenräumen des Hotels „zum goldenen Adler", (Karl Friedrichstraße, gegenüber dem Großh. Bezirksamt)

Mit dem Kanarienmarkt ist verbunden ein

Glückshafen

(das Los zu 20 Pfg.)

Die Gewinne aus besseren Harzer Kanarienhähnen sowie artistischen Vogelkäfigen bestehen.

Geöffnet Samstag und Sonntag von vormittags 9 bis abends 8 Uhr. 3501

Eintritt frei (Kinder nur in Begleitung Erwachsener).

3497

Ettlingen.

Sonntags-Konzert

findet nächsten Sonntag in der Brauerei **Hensle**, Karlsruherstraße

Jehle, Metzger und Wirt.

Zu geneigtem Besuche meiner

Weihnachts-Ausstellung

in

Spielwaren

erlaube ich mir ergebenst einzuladen.

Vereine erhalten Extra-Rabatt.

Ernst Marx,

Herd-, Oefen-, Haus- u. Küchengeräte-Magazin,

45 Luisenstrasse 45. 3587

Echte

Pelz-

Kragen
Stolas
Colliers
Muffen

schwarz Kanin Mk. 3.50 5.50 7.50 9.50 12.— und höher kleinere von Mk. 1.50 an

Rasé Seal K'. Mk. 6.50 8.50 10.50 12.— 16.— und höher kleinere von Mk. 4.— an

Nerz-Kanin M. 7.25 9.50 12.50 etc.
Nutria-Kanin Mk. 5.25 7.50 11.— etc.

Nutria-Biber Mk. 7.50 9.50 12.50 19.50 24.— etc.

Fehrücken Mk. 15.— 18.— 24.— 26.— etc.
Fehwamme M. 7.50 8.50 12.— etc.

Mouflon Mk. 3.80 5.80 8.50 12.— 15.— etc.
weiss Tibet Mk. 4.25 5.50 8.50 10.50 14.50 etc.

Nerz und Zobel-Murmel Mk. 6.50 8.50 10.50 12.— 14.50 18.— 19.50 23.— etc.

Echt Skunks von 35 Mk. an
Skunks, Oppossum v. 18 Mk. an
Echt Waschbär von 21 Mk. an

Kaufen Sie in Ihrem eigenen Interesse **nur** im

Pelz-Modehaus

Wilh. Zeumer

Karlsruhe Kaiserstrasse 125/127

Altrenommiertes

Größtes Spezialgeschäft

für

Pelz-Waren

Beste Verarbeitung I. Qualitäten
Besondere reelle Preiswürdigkeit

Keine Bazarware **Trotzdem billiger**

unvergleichlich große Auswahl

(über 10 000 fertiger Pelzgegenstände)

in allen Pelzarten
Schönste kleidsamste Formen

Herren-Pelz-Kragen u. Mützen

von Mk. 2.50 an.

Knaben-Pelz-Kragen u. Mützen

von Mk. 1.25 an.

Kinder-Garnituren

echt Pelz von Mk. 6.— an. Imitiert Pelz von Mk. 1.25 an

Pelz-Teppiche und Vorlagen.

von Mk. 2. an.

Verlangen Sie unser **Pelz-Mode-Journal** (Preiskatalog). Zusendung gratis und franko.

Auswahlsendungen bereitwilligst. 3576 **Auswahlsendungen bereitwilligst.**

Laubsäg-werkzeuge

Holz aller Art

sowie alle anderen

Zubehörteile

empfiehlt

Marx Gutmann

Kronenstraße 25.

Gelegenheitskauf.

Tafelklavier 3578

v. Schiedmayer, neu auf Verbeilet, unter zwei die Wahl, 480 Mk. zu verkaufen.

Ritterstr. 11, bei Stöhr.

Puppenküche fein eingerichtet sowie **Wiegenpferd** preiswert zu verkauf. **Werderstr. 63,** 2. St r.

Junge Frau empfiehlt sich im Anfertigen einfachen Frauen- u. Kinderkleidern. **Scheffelstr. 58,** 5. St.

Kinderzieher gut erhaltener, bill. zu verkauf. **Schillerstr. 19,** 4. St.

Werderstr. 38, 4 Stock ist ein schön **möbl. Zimmer** mit Kaffee sofort zu vermieten.

Bei Bedarf in

Weihnachts-Geschenken

finden Sie eine grosse Auswahl **zu billigsten Preisen** bei

N. Hebeisen

Haus- und Küchengeräte-Magazin — Herdlager
Werderplatz 36 - Tel. 1685
Klauprechtstr. 2 - Tel. 2749
Mitglied des Rabatt-Sparvereins. 3551

Elsässer Stoff-Reste

Ia. Qualitäts-Ware empfiehlt zu Weihnachten

Frau Schreiber

Rheinstraße 34a, 3. St.

Besichtigung erbeten! Keine Kaufnötigung! 3458

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. 3528

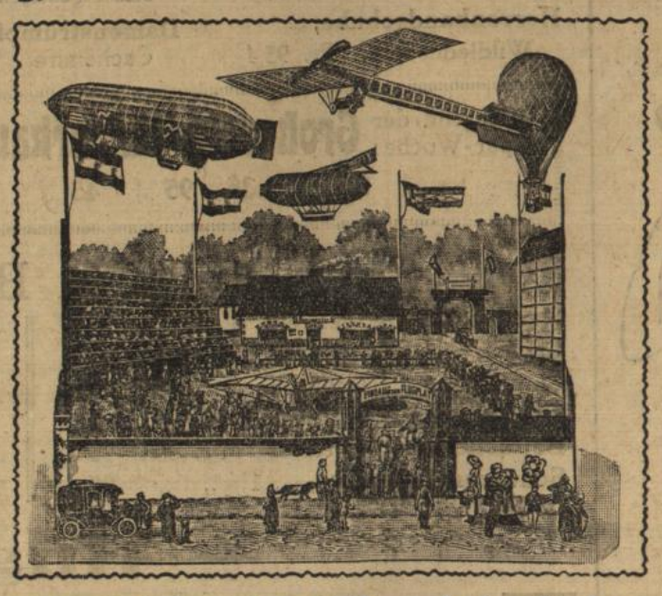
Rabattmarken **Rabattmarken**

Wir geben für die Kinder

als

Weihnachts-Ueberraschung

von Samstag, den 30. November bis Sonntag, den 8. Dezember



obenstehenden Flugplatz beim 3575

Einkauf von Mk. 2.— an

Gratis

Schmoller

Günstigste Gelegenheit zum Einkauf der Weihnachts-Geschenke

zu den beliebten Einheitspreisen: **45 ₰, 95 ₰, 1.35, 1.80, 3.75, 6.75, 8.50, 12.–**

Damen-Konfektion

Taillenkleider in enormer Auswahl, nur aparte neue Sachen . . . . 28.— 37.— 45.— 58.—

Abendmäntel, elegante Ausführung, in prachtvollen Lichtfarben 15.50 21.— 28.— 37.— 45.—

Tanzstundenkleider, reizend gearbeitet, chic und apart . . . . 21.— 28.— 37.— 45.— 58.—

Kinder-Konfektion

Kinderkleidchen in neuester Ausführung, jetzt sehr preiswert . . . . 2.80 1.80 1.35 95 ₰

Ein Posten **Knabenblusen** in div. guten Stoffarten . . . . . Stück 95 ₰

Ein Posten **Knabenhosen,** marine mit Leibchen Grösse 1—6 . . . . . Stück 95 ₰

Pelzwaren

Damen-Pelze in den verschiedenst. Pelzarten, wei unt. Preis 3.75 5.50 8.50 12.— 15.50 21.— 28.—

Pelzgarnituren in Krimmer, Fée u. Sealkanin, in de verschiedenst. mod. Ausführung. 28.— 15.50 8.5

Straussfeder-Halsrüschen, die letzte Neuheit in allen Modefarben 3.75 2.80 1.8

Im Lichthof

Nur beste Fabrikate! **Grosser Seiden- und Samt-Verkauf.** Beliebte Geschenk-Kartons!

Damenkorsett aus prima Drell champagnerfarbig, Sparpreis Mk. **1.80**

Damenkorsett, Direktoirefasson, eleganteste Passform, Sparpreis 3.75

Im ganzen Parterre:

Ausstellung preiswerter Weihnachtsgeschenke

Damen-Wäsche

Damen-Fantasie-Hemden mit breiter Stickerei, mit und ohne Banddurchzug 2.80 1.80 1.35 95 ₰

Damenbeinkleider, gerad oder Kniefaçon 1.80 1.35 95 ₰

Ein Posten **Damennachthemden,** weit unter Wert 6.75 3.75

Bett-Wäsche

Ein Posten **Kopfkissen,** Ia. Arbeit, festoniert, od. mit guten Einsätzen 1.80 1.35 95 ₰

Kopfkissen mit Lochstick. und Hohlsaum, jetzt 2.80

Bett-Tücher, schwere Ware 2.80 1.80 1.35

Damastbettbezüge 5.30 3.75 2.80

Trikotagen

Kinder-Normal-Anzüge, Wintertricots, alle Grössen . . . . St. 95 ₰

Damen-Untertaillen mit warmem Futter St. 95 ₰

Mädchenreformhosen, Wintertricots, marinefarbig . . . St. 1.80

Herren-Garnitur, Jacke und Hose, mod. Farben 3.75

Handschuhe

Kinderhandschuhe, buntgewirkt 2 Pr. 45 ₰

Damenhandschuhe, reine Wolle, gestr. 3 Pr. 95 ₰

Damenballhandschuhe, Musquett. 16 Knopflang Paar 95 ₰

Herrenhandschuhe, Wildleder imit. Pr. 95 ₰

Strümpfe

Kinderstrümpfe, schwarz, reine Wolle, stark gestr.

Gr. 1 2 3	4 5 6
1 Paar 45 ₰	2 Paar 1.35

Gr. 7 8 9
1 Paar 95 ₰

Herrensocken, rein. Wolle, stark gestrickt Pr. 95 ₰

Damenstrümpfe, engl. lang Cachemire . . Pr. 95 ₰

Wollwaren

Kinder-Sweater, alle Größen und Farben Serie I 95 ₰ Ser. II 1.80

Kinder-Rodelmützen, hell und dunkelfarb. 95 45 ₰

Lama-Plaids, länglich oder Quadrat, aparte Dessins St. 5.50 3.75 2.80 1.80

Damen-Sportlatz, Seidenimitation im Geschenkkarton . . Stück 1.35

Während der Spar-Woche: **Großer Spezialverkauf in mod. Bäffchen u. Jabots**

Stück 1.35 95 ₰ 45 ₰ 2 Stück 95 ₰ 45 ₰

Extra-Preise in Baumwollwaren

Handtuchstoffe, gestreift, 6 Mtr. . 95 ₰
Croisé, weiss, gute Qual., $2^1/_2$ Mtr. 95 ₰
Flockpiqué f. Nachtjacke, $2^1/_4$ Mtr. 95 ₰
Negligeflanell, bedruckt, 2 Mtr. . 95 ₰
Bettuchbiber, 160 cm br., Mtr. jetzt 95 ₰
Schürzenstoffe, 120 „ „ $1^1/_2$ „ „ 95 ₰

Hemdenflanell, baumw. gestr. $4^1/_2$ Mtr. 1.35
Renforcé, vorzügl. Qual., $3^1/_2$ Mtr. 1.25
Velour f. Blusen od. Matinees, $2^1/_2$ Mtr. 1.35
Bettuchhalbleinen, 160 cm br., Metr. 1.35
Handtuchstoff, 50 cm breit, 6 Mtr. 1.80
Sportflanell f. Blusen u. Wäsche 6 Mtr. 1.80

Hugo Landauer

Karlsruhe i. B.

Kaiserstrasse *Telephon Nr. 6* *Lammstrasse*

Hervorragend preiswerte

Damenblusen

Reinwollene Popelinblusen in allen modernen Farben, ganz gefüttert, Sparpreis 3.75

Reinseidene Blusen, ganz auf Futter, mit mod Kragen und Bäffchen Sparpreis 8.50

Das Geschäft ist Sonntag bis 7 Uhr geöffnet.

Geschenke für Weihnachten werden gerne aufbewahrt und vor dem Feste zur gewünschten Zeit in der Stadt und nach ausserhalb pünktlich zugestellt.